

REPORT DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG
FÜR POLITISCHE BILDUNG

POLIS

2 | 2025

Schwerpunkt
60 Jahre DVPB

Zeitung

Kleine Anfrage, große Wirkung: Union erntet massive Kritik für Angriff auf NGOs

Fachbeiträge

Alexander Wohnig

Zur Rolle politischer Bildung in einer demokratischen Gesellschaft in Zeiten gesellschaftlicher Transformation

Martina Tschirner

60 Jahre DVPB – 60 Jahre verbandspolitisches Engagement für die politische Bildung – ein Blick zurück und nach vorne!

Forum

Gudrun Heinrich im Gespräch mit Karim Fereidooni, Susann Gessner, Steve Kenner und Monika Oberle
Politische Bildung – Bildungsauftrag in einer Demokratie im Wandel

Didaktische Werkstatt

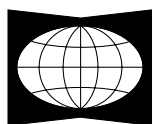
Gabi Elverich und Friedemann Gürtler
Politiklehrer*in sein heute – herausfordernd wie nie?!

DVPB aktuell

Simone Oldenburg
Präsidentin der Bildungsministerkonferenz gratuliert der DVPB



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

WOCHENSCHAU WISSENSCHAFT

SCHRIFTENREIHE DER DVPB

Digitale Souveränität und politische Bildung

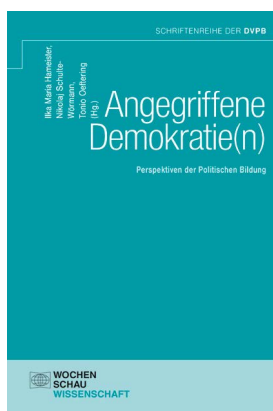
Welche Bedeutung hat „digitale Souveränität“ in einer zunehmend digitalen Welt? Dieser Frage geht der aus der Herbsttagung 2022 der DVPB hervorgegangene Band nach. Die Autor*innen bestimmen im ersten Teil des Bandes Begriffe, um Anknüpfungs- aber auch Reibungspunkte für die politische Bildung zu evaluieren. Im zweiten Teil des Bandes werden Politik und Bildungspolitik sowie ihre Verantwortung für Digitalisierung in Schulen und Unterricht in den Blick genommen. Im dritten Teil werden bildungspraktische Fragen und Beispiele in den Blick genommen. Auch Bildungspraktiker*innen gewinnen durch die vorgestellten Ideen und Denkanstöße Inspirationen für die eigene Arbeit.

hrsg. von Matthias Heil, Martin Lindeboom, Viktoria Rieber, Kim Luisa Werner und Alexander Wohnig

Reihe „Schriftenreihe der DVPB“

ISBN 978-3-7344-1649-1, 184 S., € 24,90

PDF: ISBN 978-3-7566-1649-7, € 23,99



ISBN 978-3-7344-1555-5

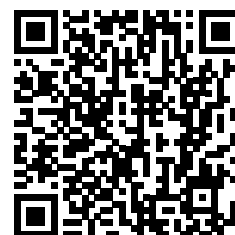


ISBN 978-3-7344-1352-0



ISBN 978-3-89974833-8

Alle Titel
der Reihe im
Webshop -
auch als PDF.



www.wochenschau-verlag.de

Editorial

Vor 60 Jahren wurde die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB e.V.), die größte Interessensvertretung für politische Bildner*innen in Deutschland gegründet. Dies nahm der Bundesvorstand zum Anlass, am 10. März 2025 nach Frankfurt a.M. in die Evangelische Akademie zur Abendveranstaltung „Politische Bildung zwischen Konvention und Transformation“ zu laden, die in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung organisiert wurde.

In diesem Heft dokumentieren wir diese Jubiläumsveranstaltung. Den Auftakt macht unser Bundesvorsitzender Prof. Dr. Alexander Wohnig mit einem Beitrag, der die Rolle politischer Bildung in einer demokratischen Gesellschaft in Zeiten gesellschaftlicher Transformation thematisiert.

Der zweite Fachbeitrag unserer Redaktionsleiterin Dr. Martina Tschirner reflektiert die Geschichte der DVPB und wirft einen Blick zurück auf 60 Jahre verbandspolitische Arbeit, aber auch einen Blick nach vorne. Dabei werden auch zentrale Aussagen der Teilnehmer*innen der Podiumsdiskussion Prof. Dr. Andrea Szukala, Andrea Rühmann, Arne Busse und Dr. Andreas Keller aufgegriffen.

DVPB Bundesvorstands- und POLIS-Redaktionsmitglied Dr. Gudrun Heinrich verantwortet in diesem Heft das Forum. Sie dokumentiert die zweite Podiumsdiskussionsrunde der Abendveranstaltung, die sich mit Politischer Bildung als Bildungsauftrag in einer Demokratie im Wandel befasst. Das Gespräch wurde redaktionell bearbeitet und gekürzt. Das Forum gibt einen Einblick in die vielfältigen Herausforderungen der Fachdidaktik 60 Jahre nach der Gründung der DVPB.

Abschließend kommen Stimmen aus der unterrichtlichen Praxis zu Wort. In einem essayistischen Erfahrungsbericht beschreiben die Politiklehrkräfte Gabi Elverich und Friedemann Gürtler, was es heute bedeutet, Politiklehrer*in zu sein.

Im Namen der POLIS-Redaktion wünsche ich Ihnen viele anregende Impulse beim Lesen dieser Ausgabe und freue mich auf weitere 60 Jahre DVPB. Denn eines steht zweifelsfrei fest: Wir brauchen Politische Bildung – mehr denn je zuvor!

Steve Kenner

POLIS

60 Jahre DVPB

Zeitung

Kleine Anfrage, große Wirkung: Union erntet massive Kritik für Angriff auf NGOs	4
Interview: Muss die bpb besser geschützt werden?	5

Fachbeiträge

<i>Alexander Wohnig</i> Zur Rolle politischer Bildung in einer demokratischen Gesellschaft in Zeiten gesellschaftlicher Transformation	7
<i>Martina Tschirner</i> 60 Jahre DVPB – 60 Jahre verbandspolitisches Engagement für die politische Bildung – ein Blick zurück und nach vorne!	12

Forum

<i>Gudrun Heinrich im Gespräch mit Karim Fereidooni, Susann Gessner, Steve Kenner und Monika Oberle</i> Politische Bildung – Bildungsauftrag in einer Demokratie im Wandel . . .	17
---	----

Didaktische Werkstatt

<i>Gabi Elverich und Friedemann Gürtler</i> Politiklehrer*in sein heute – herausfordernd wie nie?!	21
---	----

DVPB aktuell

Impuls Simone Oldenburg: Präsidentin der Bildungsministerkonferenz gratuliert der DVPB	25
Berichte Mecklenburg-Vorpommer: Fachtag „Politik unterrichten“ 2025	28
Hessen: Vorankündigung: 5. Hessischer Politiklehrer:innentag am 30. Oktober 2025 in Frankfurt	28
–: Politische Bildung mit der Bundeswehr – Hessen verstärkt Zusammenarbeit	28
–: Offensive zur Wertevermittlung	29
Baden Württemberg: Politische Bildung und Demokratiebildung für alle – der erste Fachtag der DVPB Baden Württemberg	29
Bundesvorstand: Vorankündigung: Social Media und KI. Herausforderungen und Chancen für die Politische Bildung. Herbsttagung 2025	30
Niedersachsen: Tag der Politischen Bildung 2025. Starke Politische Bildung für eine starke Demokratie	30

LITERATUR

Rezensionen	31
Vorschau/Impressum	34

* Die Redaktion stellt den Autorinnen und Autoren grundsätzlich frei, in welcher Form sie eine gendersgerechte Schreibweise anwenden möchten.



Kleine Anfrage, große Wirkung: Union erntet massive Kritik für Angriff auf NGOs

Mit einer Kleinen Anfrage zur „politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ hat die CDU/CSU-Fraktion im Februar 2025 heftige Reaktionen ausgelöst. Die Fraktion hatte am Tag nach der Bundestagswahl eine 551 Punkte umfassende Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Im Fokus: die staatliche finanzielle Förderung und politische Ausrichtung von insgesamt 17 Organisationen, darunter CORRECTIV, Campact, der BUND, Foodwatch sowie das Netzwerk Recherche.

Hintergrund der Anfrage war das politische Engagement dieser Organisationen und ihre mögliche Beteiligung an Demonstrationen gegen die gemeinsame Abstimmung von CDU/CSU und AfD im Bundestag Ende Januar. Zu den in der Anfrage gestellten Fragen gehört unter anderem: „Wie groß ist der Anteil der finanziellen Mittel des Vereins Omas gegen Rechts Deutschland, der aus staatlichen Förderprogrammen stammt?“ Es wurde z. B. gefragt, ob die Amadeu-Antonio-Stiftung staatliche Fördergelder für parteipolitische Zwecke entfremdet oder ob es direkte Verbindungen zwischen Foodwatch e. V. und bestimmten Parteien oder politischen Akteuren gibt. Eine andere Frage lautete: „Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob der Verein Omas gegen Rechts Deutschland e. V. von internationalen Organisationen oder NGOs aus dem Ausland Gelder erhält und wenn ja, welche sind das und wie viel?“ So und ähnlich wurden in 551 Fragen zum Teil sehr spezifisch nach einzelnen, namentlich genannten

gemeinnützigen Vereinen gefragt: Erfüllen diese nach Ansicht der Bundesregierung das Kriterium der Gemeinnützigkeit? Und wann wurde das zum letzten Mal durch das Finanzamt geprüft? Mit einigen Fragen stellte die Unionsfraktion die kritische Zivilgesellschaft gezielt unter Verdacht: „Manche Stimmen sehen in den NGOs eine Schattenstruktur, die mit staatlichen Geldern indirekt Politik betreibt“, so steht es in der Einleitung.

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) und die DVPB kritisierten die Anfrage in einer gemeinsamen Kurzmitteilung deutlich. „Diese Anfrage ist kein sachliches Nachhaken, sondern hat das Potenzial, das Vertrauen in die demokratische Zivilgesellschaft, deren Handeln und Bildungsarbeit zu untergraben. Zudem suggeriert das Verständnis parteipolitischer Neutralität, das in der Anfrage mitschwingt, dass Träger und Aktive der politischen Bildung sich neutral verhalten müssen. Doch politische Bildung kann nicht neutral sein.“

Auch aus der Wissenschaft kam deutlicher Widerspruch. Mehr als 2.300 Wissenschaftler*innen widersprachen der Annahme, dass Organisationen durch staatliche Förderung einer Neutralitätspflicht unterliegen. In einem Offenen Brief auf dem *Verfassungsblog* betonten sie, dass eine solche Vorstellung verfassungsrechtlich unhaltbar sei. Das Bundesverfassungsgericht habe wiederholt betont, dass es Aufgabe des Staates sei, eine freie und offene Meinungs- und Willensbildung zu gewährleisten. Eine Entpolitisierung der Zivil-

gesellschaft widerspreche dieser Grundfunktion demokratischer Ordnung.

„Der Kontext und der Zeitpunkt der Kleinen Anfrage legen den Schluss nahe, dass gegen die benannten Organisationen vor allem deshalb der Verdacht einer unzulässigen Beeinflussung der politischen Willensbildung erhoben wird, weil sie anlassbezogene, öffentliche Kritik gegenüber der Politik der CDU/CSU geäußert haben,“ heißt es in dem Offenen Brief. „Bedauerlicherweise entsteht durch die Formulierung der Anfrage jedoch der Eindruck, dass die staatliche Förderungswürdigkeit und Gemeinnützigkeit der aufgeführten Organisationen generell infrage gestellt werden müsse und ihr gesamtes Wirken kritisch zu bewerten sei. Dadurch wird ein negatives Licht auf zivilgesellschaftliches politisches Engagement und die gesamte nicht-staatliche Akteurslandschaft im Allgemeinen und das Prinzip der Subsidiarität geworfen.“

Einem Vergleich mit autoritären Regierungen machte der Bundesverband Deutscher Stiftung: „Die aktuellen Entwicklungen in den USA oder die Lage in Ungarn führen drastisch vor Augen, wie die Entpolitisierung der Zivilgesellschaft mit einer Entkernung des demokratischen Rechtsstaates einhergeht.“ Erst im vergangenen Jahr rügte die EU-Kommission in ihrem Rechtsstaatlichkeitsbericht, dass die restriktive Gesetzeslage in Deutschland „die Bereitschaft von zivilgesellschaftlichen Organisationen, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen, beeinträchtigen“ könne.

Ungeachtet der Kritik verteidigte Friedrich Merz in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* seine Haltung. Gemeinnützige Organisationen, die

sich an Demonstrationen gegen bestimmte Parteien beteiligten, könnten nicht mehr als neutrale NGOs gelten. Seine Aussagen lassen erahnen, dass auch zukünftig mit Druck auf

zivilgesellschaftliche Akteure (auch der Politischen Bildung) zu rechnen ist.

(br/dl; FAZ, Verfassungsblog, DVVPB)

Interview: Muss die bpb besser geschützt werden?

Interview mit Anna-Mira Brandau und Friedrich Zillessen vom Justiz-Projekt des Verfassungsblogs, die eine Debatte um die Zuordnung der Bundeszentrale für politische Bildung eröffnen. Die Fragen stellten Patrick Bredl und Dirk Lange.

Welche konkreten Gefahren sehen Sie für die Unabhängigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), und an welchen Beispielen oder Entwicklungen der letzten Jahre lässt sich diese Bedrohung bereits beobachten?

Die Bundeszentrale für politische Bildung ist in ihrer momentanen rechtlichen Ausgestaltung zu eng an das Bundesinnenministerium gebunden, so dass Einflussnahmen nicht ausgeschlossen werden können. Ganz grundlegend zeigt sich dies daran, dass die bpb per Erlass des Bundesinnenministeriums gegründet wurde, daher kann der Bundesinnenminister sie auf demselben Weg wieder auflösen oder inhaltlich umgestalten. Aber auch niedrigschwelligere Maßnahmen sind möglich – etwa über die Personalie des Präsidenten der bpb oder die Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beirats. Damit liegt ein erheblicher exekutiver Spielraum vor, der sich missbrauchen ließe, um die Unabhängigkeit der bpb zu beschneiden oder Einfluss zu nehmen.

Konkret sichtbar wurde das bereits 2021 in der „Teaser-Affäre“, als das CSU-geführte Innenministerium die bpb aufforderte, den Teaser eines langjährigen Dossiers zum Thema „Linksextremismus“ inhaltlich zu ändern. Auf Länderebene verdeutlichen mehrere Fälle, wie fragil die Zentralen sind: 2004 löste Niedersachsen seine Landeszentrale per Kabinettsbeschluss auf und übertrug die Aufgaben dem Landesverfassungsschutz; erst 2017 wurde sie wieder eingerichtet, weil politische Bildungsarbeit eben doch wichtig ist. Der Berliner Senat plante im letzten Jahr, eine „Stabsstelle“ einzurichten, um für „Steuerung, Koordination und Kontrolle“ zu sorgen. Und erst im Januar forderte die AfD-Fraktion in Sachsen-Anhalt die Auflösung der dortigen Landeszentrale mit dem Vorwurf „politischer Bevormundung und Indoktrination“.

Die bpb ist aktuell eine nichtrechtsfähige Bundesanstalt im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Inneren (BMI). Was spricht für die Zuordnung der bpb zum BMI? Inwiefern birgt dieser rechtliche Status Risiken für die langfristige Stabilität und Unabhängigkeit der bpb?

Für die Einbindung der bpb in den Geschäftsbereich des BMI spricht unseres Erachtens gar nicht so viel; zumindest gibt es keine unmittelbare Nähe zu anderen staatlichen Bildungs- und Präventionsprogrammen wie etwa „Demokratie leben!“ des BMFSFJ. Das BMI hat einen Fokus auf Sicherheit und Gefahrenabwehr, der sich mitunter nicht besonders gut mit freier, pluralistischer politischer Bildung verträgt. Die Zuordnung lässt sich wohl historisch erklären, denn die Bundeszentrale wurde 1952 als Zentrale für Heimatdienst gegründet und damals gab es weder ein Bildungs- noch ein Familienministerium. Es würde sich also anbieten, die bpb in einem anderen Geschäftsbereich anzusiedeln, etwa das BMFSFJ. Man könnte aber auch darüber nachdenken, sie direkt am Bundestag anzusiedeln, am Herz der parlamentarischen Demokratie. Das würde die parlamentarische Kontrolle stärken und Überparteilichkeit besser sicherstellen. Egal, wie man die bpb institutionell anbindet – am wichtigsten ist es aber, sie auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.

Wie realistisch erscheint Ihnen ein politischer Umbau der bpb – und wie könnte ein solcher konkret aussehen?

Ein politischer Umbau der bpb erscheint durchaus machbar, wenn ein entsprechender parlamentarischer Konsens erzeugt wird. Wir können – mit Blick auf die Debatte um das Demokratiefördergesetz – davon ausgehen,

dass der Bund die Kompetenz dazu hätte, ein Gesetz zur besseren Absicherung der bpb zu erlassen. Und entsprechende Initiativen auf Landesebene beweisen, dass solche Prozesse möglich und sinnvoll sind. Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg haben Lösungen gefunden, ihre jeweiligen Einrichtungen für politische Bildung am Landtag anzusiedeln. In Nordrhein-Westfalen ist zurzeit ein Reformprozess im Gange. Dort empfiehlt die Expertenkommission, die Landeszentrale aus der Ministerialhierarchie mit ihrer Weisungsgebundenheit herauszulösen. Als Vorbild könnte aber auch die bayerische Landeszentrale dienen, die 2018 in eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts überführt wurde. Dadurch ließe sich die Eigenverantwortlichkeit der bpb



Anna-Mira Brandau promoviert an der Uni Erfurt und ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Justiz-Projekt des Verfassungsblogs.



Friedrich Zillessen studierte Rechts- und Politikwissenschaft in Leipzig und Lissabon und leitet das Justiz-Projekt des Verfassungsblogs.

rechtlich stärken, ohne ihre finanzielle Abhängigkeit vom Bund aufzugeben.

Was braucht es aus Ihrer Sicht, um die bpb dauerhaft gegen politische Einflussnahme abzusichern – etwa durch eine neue Rechtsform oder eine andere institutionelle Anbindung?

Der wichtigste Schritt dürfte darin liegen, die bpb auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. In diesem Prozess wäre es sinnvoll, die bpb von der ministerialen Weisungsgebundenheit

– wenigstens von der Fachaufsicht – zu befreien und stattdessen das parlamentarische Kuratorium und den wissenschaftlichen Beirat zu stärken. Es wäre darüber hinaus auch sinnvoll, über eine andere institutionelle Anbindung nachzudenken. Mit diesen Reformschritten ließe sich die bpb zum ersten Mal verlässlich gegen politische Einflussnahme schützen und ihre Rolle als zentrale Säule demokratischer Bildung dauerhaft festigen. Demokratische Willensbildung muss ständig geübt werden – und für diesen Prozess ist

eine unabhängige, freie Bundeszentrale für politische Bildung unerlässlich.

Bei alledem gilt: Ganz entscheidend ist, dass wir uns bewusst machen, wie leicht sich die bpb für politische Zwecke einspannen oder sogar abschaffen ließe. Die Kenntnis dieser rechtlichen Einfallstore hilft dabei, im Falle des Falls eine entsprechende Maßnahme zu erkennen und dagegen vorzugehen. Deswegen ist es sehr zu begrüßen, dass der zweifelhafte Plan des Berliner Senats, eine Stabsstelle einzurichten, vom Tisch zu sein scheint.

Kommission empfiehlt eine unabhängige Stellung der Landeszentrale für politische Bildung NRW

In Nordrhein-Westfalen hatte das CDU-geführte Wissenschaftsministerium geplant, eine neue Stabsstelle für „Extremismusprävention“ zu schaffen – verbunden mit massiven Kürzungen bei der Landeszentrale für politische Bildung (siehe POLIS 1 und 2/2024). Die DVPB NRW warnte vor einem „Kahlschlag“. Auch bundesweit stieß das Vorhaben auf Kritik. Eine eingesetzte Expert*innenkommission hat nun ihren Abschlussbericht vorgelegt – mit deutlichen Empfehlungen.

Die Kommission stellt fest, dass die Landeszentrale im bundesweiten Vergleich die geringste institutionelle Eigenständigkeit besitzt. Sie ist am wenigsten vor dem Zugriff des zuständigen Ministeriums und damit der Landesregierung geschützt. Als Konsequenz schlägt die Kommission vor, die Zuständigkeit aus dem Ministerium herauszulösen und beim Landtag anzusiedeln. Dieser solle künftig eine*n unabhängigen Beauftragte*n ernennen, die bzw. der für die Landeszentrale verantwortlich ist. Eine entsprechende gesetzliche Neuregelung soll laut Empfehlung noch 2025 erfolgen – orientiert an bestehenden Lösungen, etwa in Schleswig-Holstein.

Für die bisherigen Pläne der schwarz-grünen Landesregierung bedeutet der Bericht eine klare Kritik. Dennoch zeigt sich das Wissenschaftsministerium offen: Der Bericht biete „kluge Optionen“, die man nun im Austausch mit den Fraktionen weiterverfolgen wolle. Von Seiten der Opposition wird der Reformvorschlag begrüßt. Er stärke die Überparteilichkeit der politischen Bildung, heißt es

aus der SPD. Auch sie will die gesetzliche Neuregelung nun unterstützen.

(br/dl; wdr)

Nach Kritik: Berliner Stabsstelle für Demokratiebildung vor dem Aus?

Die von der Berliner Bildungsverwaltung geplante Stabsstelle für Demokratiebildung steht offenbar vor dem Aus. Der Vorschlag aus dem Haus von Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) hatte in der schwarz-roten Koalition monatelang für Spannungen gesorgt (siehe POLIS 04/2024). Besonders Jugendstaatssekretär Falko Liecke (CDU) war in die Kritik geraten. Ihm wurde von SPD-Vertreter*innen vorgeworfen, über die neue Stelle politischen Einfluss auf Förderentscheidungen im Bereich der politischen Bildung nehmen zu wollen. Entsprechende Äußerungen Lieckes hatten laut Tagesspiegel diesen Eindruck verstärkt. Senatorin Günther-Wünsch hingegen betonte wiederholt, eine Steuerung politischer Bildungsarbeit sei nicht beabsichtigt.

Eine Petition für den Erhalt der Unabhängigkeit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung der DVPB Berlin hat große Aufmerksamkeit erhalten. Nun droht das Projekt am Widerstand der Personalvertretungen zu scheitern: Diese haben signalisiert, einer nicht ausgeschriebenen Besetzung der beiden vorgesehenen Stellen nicht zuzustimmen. Damit müssten die Stabsstellen offiziell ausgeschrieben werden – angesichts der lediglich bis zum Ende der Legislatur laufenden Projektlaufzeit gilt eine Umsetzung nun als kaum noch realistisch.

(br/la; tagesspiegel)

Altersbericht betont Rolle Älterer in der politischen Bildung

Der neunte Altersbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend befasst sich mit der Rolle älterer Menschen bei der Vermittlung demokratischer Werte und den Potenzialen, die sich aus ihrer stärkeren Beteiligung an der politischen Bildung ergeben. Die Lebenserfahrung und das Wissen älterer Menschen könnten beispielsweise im Rahmen von Zeitzeug*innenarbeit genutzt werden.

Der Bericht empfiehlt, die Einrichtung von kommunalen Senior*innenvertretungen als Pflichtaufgabe der Kommunen zu verankern und regeln. „Zudem sollten ältere Menschen stärker in die politische Bildung von Bürger*innen aller Altersgruppen eingebunden werden, zum Beispiel bei der Vermittlung demokratischer Werte. [...] Neben formalisierten Beteiligungsmöglichkeiten durch Senior*innenbeiräte ist es sinnvoll, die Beteiligung älterer Menschen in Gremien wie Runden Tischen oder Stadtteil-beziehungsweise Sozialraumkonferenzen zu stärken. Ebenso können ältere Menschen selbst zum Beispiel über aktivierende Befragungen, Zukunftswerkstätten oder Bürgerforen beteiligt werden, um die Bedarfs- und Bedürfnisgerechtigkeit der Angebote in der Altenhilfe zu erhöhen.“

(br/la; BMFSFJ)



Alexander Wohnig

Zur Rolle politischer Bildung in einer demokratischen Gesellschaft in Zeiten gesellschaftlicher Transformation

Prolog: 60 Jahre DVPB: Ein Grund zum Feiern?

Anlässlich der Tagung *Politische Bildung zwischen Konvention und Transformation*, die die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung zum 60. Geburtstag der DVPB ausrichtete, gehe ich der Frage nach: 60 Jahre DVPB – ein Grund zum Feiern? Direkt vor dem als Tagung begangenen Festakt traf sich der Bundesvorstand der DVPB. Ein Tagesordnungspunkt bestand in der Selbstreflexion in Bezug auf die eigene Rolle und Position hinsichtlich der vielfach erlebten Erosionserscheinungen der Demokratie, die u. a. in den Wahlergebnissen der Bundestagswahl

2025 ihren Ausdruck fanden. Angesichts dieser Situation stellt sich vermeintlich unausweichlich die Frage nach dem Erfolg politischer Bildung(sarbeit).

Die DVPB wurde am 5. März 1965 in Frankfurt am Main gegründet und formulierte im Oktober 1966 in ihren Arbeitszielen, „daß trotz 20jähriger Bemühung die Ergebnisse der politischen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik noch nicht den gehegten Erwartungen entsprechen“ (Lessing/Knepper 1996: 15). Diese pessimistische oder auch mit Erwartungen an die eigene Wirkung überladene Aussage wirft die Frage nach dem Anlass zur Gründung der DVPB auf. In der Festschrift zum 30-jährigen Jubiläum der DVPB, verfasst von Dorothea Weidinger (1994–2000 Bundesvorsitzende), heißt es:

„Die Deutsche Vereinigung für politische Bildung wurde 1965 gegründet, zu einer Zeit, in der Politische Bildung angesichts neonazistischer Aktivitäten eine wichtige Aufgabe in der Erziehung der jungen Generation zu Demokratie, Toleranz und Vergangenheitsbewältigung zugeschrieben wurde. Sie hat sich dieser Aufgabe seither mit unterschiedlichem Erfolg gestellt“ (Weidinger 1996: 5).

Auch hier wird die Erwartung – zumindest indirekt – formuliert, politische Bildungsarbeit könne Wirkung entfalten in Bezug auf Krisen und Umbrüche, denn der Kontext, der hier

für politische Bildung formuliert ist, besteht insbesondere aus Bedrohungsszenarien. Interessant erschien mir bei der Lektüre dieser historischen Dokumente, dass die Kontextualisierung politischer Bildung wenig von der heutigen zu unterscheiden ist. Der Modus der

Prof. Dr. Alexander Wohnig hat den Lehrstuhl für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Siegen inne und ist Bundesvorsitzender der DVPB.



Anrufung und der Entgegnung politischer Bildung ist im Krisenmodus häufig ähnlich: Politische Bildung soll etwas tun, zumeist gegen Bedrohungen der Demokratie.

1 Einleitung: Politische Bildung und Krisen/Transformationen

Die Frage steht im Raum und wird auch immer wieder vorgebracht, welche Rolle politische Bildung in Zeiten von gesellschaftlicher Transformation – man könnte diese positive Wendung auch durch den Begriff der Krise ersetzen – einnimmt. Wobei die Unterscheidung– Transformation oder Krise – schon relevant ist. Transformation signalisiert eine positive Rollenzuschreibung: Politische Bildung gestaltet! Die Krise fokussiert eher das

Zur Geschichte der DVPB siehe
POLIS 4/2015
http://dvpb.de/wp-content/uploads/2016/09/4-2015_Gesamt.pdf



Negative: Politische Bildung kittet! So ist das eine möglicherweise eine favorisierte Selbstzuschreibung, das andere eine favorisierte Anrufung politischer Bildung. Und genau damit haben wir es seit Jahren immer deutlicher zu tun: Politische Bildung wird angerufen, gesellschaftliche Krisen zu lösen (BMFSFJ 2016) und sie muss sich dazu verhalten. Die Anrufungen verlangen eine Entgegnung, die für die Profession zentral ist: Nehme ich die Aufgabenzuschreibung an – Politische Bildung als Extremismusprävention – oder weise ich sie von mir. Zur Begründung des letzteren schlage ich den Modus „Politische Bildung als Bildung“ vor.

Ich möchte im Folgenden zunächst in einer Art Hinführung auf das Verhältnis von gesellschaftlicher Transformation, gesellschaftlichen Krisen und politischer Bildung eingehen. Dabei geht es um die bereits angedeutete Rollenzuschreibung. Meine These ist, dass in Krisen und Zeiten von Transformationen eine Funktionalisierung politischer Bildung noch mehr durchsticht als sonst (1). Daran schließt eine minimalistische Überlegung zum Spannungsfeld von Fremdanrufung und Selbstverortung, in dem sich politische Bildung bewegt, an (2). Politische Bildung muss sich, v. a. wenn die Diagnosen „multiple Krisen“ und die Forderung nach einer „gesellschaftlichen Transformation“ – die gleichwohl ebenso eine Diagnose darstellt – vorgenommen wird, in diesem Spannungsfeld verhalten, denn sie wird als eine zentrale Akteurin zur Bearbeitung von Krisen und Transformationsprozessen angesprochen. Nach dieser Einordnung geht es mir um die Frage, was der Kern eines Verständnisses politischer Bildung sein könnte (3). Ich präsentiere hier *ein* Verständnis, das nicht den Anspruch auf Letztgültigkeit hat. Es ist viel eher ein Versuch, durch eine Beschreibung eines Verständnisses politischer Bildung diese besser in den Diskursen verorten zu können. Der aktuell zentrale Diskurs, in dem auch politische Bildung angerufen wird, ist der der Demokratiebildung. Ich denke daher, dass wir das Verhältnis von Politischer Bildung und Demokratiebildung klären müssen, was ich in einem vierten Schritt tun möchte (4). Daraus ergeben sich die abschließenden Anmerkungen zur Rolle politischer Bildung in einer demokratischen Gesellschaft in Zeiten gesellschaftlicher Transformation (5).

2 Gesellschaftliche Transformation, gesellschaftliche Krisen und politische Bildung

Wir leben zweifelsohne in Zeiten großer und umfassender gesellschaftlicher Transformationen und gesellschaftlicher Krisen (Bader et al. 2011). Auch wenn das Krisennarrativ immer zieht, v. a. in der soziologischen Zeitdiagnosen-Literatur, kann festgestellt werden, dass kaum ein gesellschaftlicher, politischer oder ökonomischer Bereich nicht als krisenhaft beschrieben wird. Wohin diese Krisen führen und welche Formen die gesellschaftlichen Transformationen annehmen, ist offen. Es ist nicht ausgemacht, dass sie zu mehr Demokratie führen. Gleichwohl sollte vor allem aus Sicht der politischen Bildung vermieden werden, Transformation und Krise als Gefahr zu sehen. Sie sind in erster Linie Lern- und Bildungsgelegenheiten, an die politische Bildung anknüpfen kann. Krisen erfordern Orientierung, Orientierung erfordert Wissen, die Fähigkeit zur Urteilsbildung und auch die Fähigkeit zum Handeln. Krisen machen daher politische Bildung notwendig – sie sind Lerngelegenheiten und sie schaffen Lernnotwendigkeiten (Wohnig 2021). In einer solchen Argumentation nimmt politische Bildung in Zeiten von Transformation und Krisen eine Bildungsfunktion ein. Bildungsprozesse helfen, Krisen zu verstehen, ihnen zu begegnen und Transformationsprozesse zu gestalten (Butterer et al. 2024).

Dass politischer Bildung allerdings vornehmlich und immer wieder eine Feuerwehrfunktion zugesprochen wird, ist mittlerweile eine Binsenwahrheit. Schon 1981 formulierte Kurt Gerhard Fischer Kritik an einer solchen Sichtweise (Fischer 1981). Gleichwohl gehörten auch die Gründerväter der Politikdidaktik zu den Wissenschaftler:innen, die politischer Bildung nach 1945 eine solche Funktion selbst zuschrieben (Prehm 2024). Eine reine Abwehrhaltung gegen die Aufgabenzuschreibung, politische Bildung möge dabei helfen, gesellschaftliche Krisen zu lösen und die Bürger:innen zu demokratischen Verhaltens- und Denkweisen anregen, scheint also zu einfach zu sein. Wenn wir davon ausgehen, dass politische Bildung in der und für die Demokratie stattfindet, wenn wir als Verband auch immer wieder hervorheben, dass Demokratien politische Bildung benötigen, dann geht damit auch eine solche Aufgabenzuschreibung ein-

her. Politische Bildung hat – so gesehen – in Zeiten gesellschaftlicher Transformation die Aufgabe, Menschen zu helfen, sich zu orientieren, sich ein fundiertes Urteil zu bilden und demokratisch zu handeln.

Gleichwohl wird diese Sichtweise problematisch, und auch darauf haben wir als Verband in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen (DVPB 2023), wenn die Funktion und der Wert politischer Bildung auf die Feuerwehrfunktion alleine reduziert wird; wenn politischer Bildung nur dann eine Bedeutung zugesprochen wird, wenn mit der Förderung ebendieser die Hoffnung verbunden wird, eine öffentliche Wahrnehmung herzustellen, die Handlungsbereitschaft signalisiert. Dieses Handeln zielt aktuell auf den Erhalt des Bestehenden: Politische Bildung wird gefördert, um die Demokratie zu erhalten. Der Modus lautet: ‚Wir tun etwas für die Demokratie, gegen Extremismus, für Nachhaltigkeit usw., weil wir politische Bildung fördern‘. Die Frage drängt sich auf: Hat politische Bildung dann besonders einen Wert, wenn mit ihr Handlungsbereitschaft/-fähigkeit signalisiert werden kann oder auch unabhängig davon? Und stellt es nicht eine problematische Indienstnahme dar, wenn politischer Bildung nur dann ein Wert zugesprochen wird?

So heißt es in der vor einigen Wochen publizierten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie: „Daher müssen wir ausgrenzenden, extremistischen und menschenverachtenden Positionen entschieden entgegenzutreten – in Deutschland und weltweit. Hier kommt u. a. politischer Bildung und Demokratiebildung eine zentrale Rolle zu. Der soziale Zu-

Demokratie braucht Politische Bildung,
keine Neutralität.

www.dvpb.de/nicht-neutral



sammenhalt und das Vertrauen in Staat und Demokratie lassen sich auch über weitere politische Initiativen stärken: Maßnahmen zur Minderung sozialer Ungleichheit; Bereitstellung einer staatlichen Daseinsvorsorge in hoher, regional vergleichbarer Qualität; gut funktionierende öffentliche Einrichtungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mit entsprechender personeller und finanzieller Ausstattung; die verlässliche politische wie finanzielle Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die sich der Demokratieförderung und Nachhaltigkeit widmen, u. a. in der Jugendarbeit“ (Die Bundesregierung 2025: 25).

Politische Bildung wird hier als Instrument gesehen, sozialen Zusammenhalt, Vertrauen in den Staat und die Demokratie, sowie auch Innere Sicherheit herzustellen. Dies alles können Folgen politischer Bildungsprozesse sein, den Zweck und Sinn politischer Bildung aber so zu fokussieren, hat mit dem eigentlichen Bildungsgedanken nicht mehr viel zu tun. Zu fragen wäre hier im Sinne politischer Bildung eher, wessen Anliegen der viel beschriebene gesellschaftliche Zusammenhalt ist, wer wie bestimmt, wer zum Zusammenhalt gehört und wer nicht und welche gesellschaftlichen Spaltungen durch die Rede vom Zusammenhalt ausgeblendet werden (Lessenich 2022).

Eine weitere Problematik wurde im Kontext der Kleinen Anfrage der CDU/CSU Fraktion aus dem Februar 2025 (DVPB/bap 2025) deutlich. Dabei wird politische Bildung als zivilgesellschaftlich organisierte Bildung vermehrt in eine Ecke gedrängt. Soll politische Bildung nun die von Regierungsparteien beschriebenen Aufgaben (etwa Prävention) erledigen oder eben nicht, soll sie neutral sein? Also: Ist die Förderung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen der politischen Bildung daran zu knüpfen, dass sie einen Beitrag zu einem wie oben definierten sozialen Zusammenhalt leisten oder eben gerade nicht, weil sie Geld vom Staat bekommen und dann staatliche Neutralitätspflichten gelten? In der öffentlichen Debatte wird genau das immer wieder suggeriert, obwohl diesem Neutralitätsverständnis entschieden zu widersprechen ist (u. a. Hufen 2018). Wären wir als Akteur:innen und Interessenvertreter:innen der politischen Bildung nicht gut beraten, darauf zu pochen, dass politische Bildung als *Bildung* gefördert werden sollte und nicht hinsichtlich ihres Verhältnisses zu den vom Staat definierten Zielen

und Aufgaben, also bspw. zur Extremismusprävention (siehe kritisch dazu Bürgin 2021; Widmaier 2022). Und sollten wir dann nicht selbst in der Begründung unserer Relevanz davon absehen, immer im ersten Satz zu betonen, dass wir wichtig sind, weil wir als politische Bildung etwas zu verhindern helfen?

Wenn man sich auf das Spiel einlässt, dass politische Bildung nur förderfähig ist, wenn sie entweder im Hinblick auf die staatsdefinierten Ziele und Aufgaben politischer Bildung oder im Sinne der staatspolitischen Neutralitätspflichten agiert, dann hat v. a. die außerschulische politische Bildung bald ein noch größeres Identitäts- und Reproduktionsproblem. Der Staatsrechtler Florian Meinel (2025) merkte dazu an: „Die autoritäre Phantasie, die freie Zivilgesellschaft müsse schweigen oder sich ihre Sprache vorschreiben lassen, legt ihre rechtsstaatliche Verhüllung zunehmend ab“.

3 Politische Bildung im Spannungsfeld von Fremdanrufung und Selbstverortung

Das alles ist freilich nichts Neues, verdeutlicht aber die wiederkehrende Problematik, die politische Bildung in Zeiten von Umbruch und Transformation ausgesetzt ist. Nur ein kurzer Rückblick zeigt: Schon immer waren Krankheits- und Heilungsnarrative leitend für die Aufgabenzuschreibung an politische Bildung, aber auch für ihre Selbsterzählung seit 1949: Fokussiert wurde immer (mal mehr, mal weniger stark) die verführbare Jugend, so galt die junge Demokratie in den Anfangsjahren der BRD als gefährdet – deshalb brauchte es politische Bildung.¹

Aktuell werden hierfür v. a. die Begriffe Prävention, Demokratiebildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) verwendet. Innerhalb dieser Diskurse gibt es unterschiedliche Modi der Verwendung der Begriffe. Während Prävention auf Erhalt zielt und das Präventionskonzept schon rein begrifflich auf die Konstruktion einer als problematisch geltenden Zielgruppe angewiesen ist (Barbehön/Wohnig 2022), werden unter dem Label Demokratiebildung auch emanzipatorische Bildungsverständnisse aktiviert (Kenner/Lange 2022). Es zeigt sich immer wieder in den Anrufungen der letzten Jahre: Politische Bildung hat einen Wert, wenn sich mit ihr zeigeln lässt, dass etwas getan wird, etwa gegen

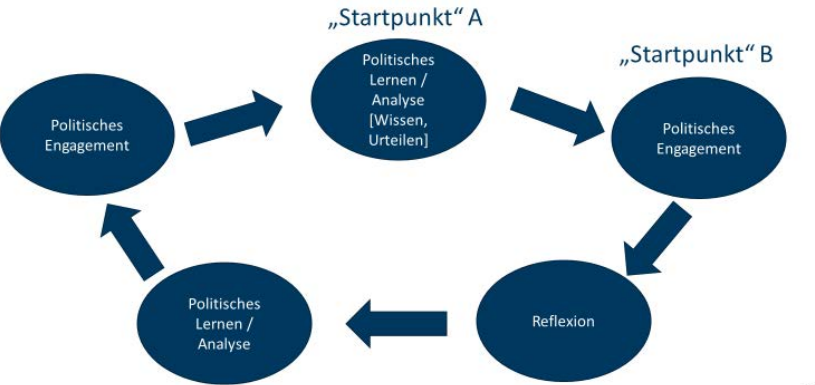
den sogenannten Extremismus. Politische Bildung steht vor der Aufgabe, sich in diesem Spannungsfeld zu verorten.

4 Was könnte der Kern eines Verständnisses politischer Bildung sein?

Wenn wir nun also fragen, welche Rolle politische Bildung in einer demokratischen Gesellschaft in Zeiten gesellschaftlicher Transformation einnehmen soll und wie sie sich in dem Spannungsfeld von Anrufungen behaupten kann, so müssten wir klären, was der Kern eines Verständnisses politischer Bildung sein könnte. Gerade in den aktuellen Diskursen scheint das zu kurz zu kommen.

Mein Vorschlag lautet (siehe ausführlicher etwa in Wohnig 2023a), dass es ganz grundsätzlich bei politischer Bildung um eine Analyse struktureller, gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Verhältnisse, Konflikte und Probleme geht. Politische Bildung² bezieht sich auf die Leitidee der Mündigkeit. Anders als in einem sozialpädagogischen Verständnis von Demokratiebildung (s. u.) wird Mündigkeit aber zumeist nicht als Eigenschaft betrachtet, die Menschen von Geburt an inneohnt, sondern als eine Art übergeordnetes Ziel, eine normative Leitidee: Erziehung zur Mündigkeit bedeutet, dass Menschen über Erziehungs- und Bildungsprozesse, hier politische Bildung, mündig gemacht werden sollen beziehungsweise ihnen Angebote bereitstellen, um über (Selbst-)Bildungsprozesse mündig zu werden. Dieses übergeordnete Ziel der Mündigkeit wird zumeist in drei aufeinander aufbauende Ziele aufgeteilt: Zunächst strebt politische Bildung die Aneignung politischen Wissens an. Mit der didaktischen Aufbereitung eines Gegenstandes durch politische Bildner:innen soll den Teilnehmenden einer Bildungsintervention (Unterricht, Seminar, Workshop usw.) die Möglichkeit eröffnet werden, sich politisches Wissen zu dem jeweiligen Gegenstand anzueignen. Dieses politische Wissen wiederum bildet, so die Annahme, die Basis für politische Urteilsbildung: Durch die Analyse eines Gegenstandes – in der Regel politische, gesellschaftliche und/oder ökonomische Probleme, Konflikte oder Fälle – gelangen die Subjekte politischer Bildung zu einem Urteil, das sie artikulieren und gegenüber anderen Urteilen argumentativ vertreten können. In einem dritten Schritt sollen Lernende dazu befähigt werden, poli-

Weg von der Linearität: Verhältnis von politischer Bildung und politischem Engagement



Quelle: Eigene Darstellung

tisch zu partizipieren, also dazu, ihr Urteil in die Öffentlichkeit zu tragen. Entgegen der in der schulischen politischen Bildung weitverbreiteten Lesart, politische Bildung sei Propädeutik für späteres politisches Handeln, plädiere ich dafür, politisches Handeln und politische Aktionen als Teil des sozialwissenschaftlichen Bildungsprozesses zu begreifen. Politische Bildung wird so zu einem zirkulären Prozess von Analyse, Handeln, Reflexion und dann wiederum auf Reflexion basierender erweiterter Analyse, erweitertem Handeln usw. (siehe dazu ausführlich Wohnig 2023b).

Der Kern politischer Bildung liegt daher in der Analyse von gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Gegenständen. Zu Mündigkeit, so kann in Anlehnung an Theodor W. Adorno gesagt werden, gehört Kritik (Adorno 1971/1969: 785). Kritik meint die kritische Analyse von gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Strukturen, die den Gegenständen politischer Bildung zugrunde liegen. Mit Bezug zu der konfliktorientierten Tradition politischer Bildung sind diese Gegenstände aktuelle, die Lernenden betreffende, für die Zukunft bedeutsame und auf ein exemplarisches Problem verweisende Konflikte. Diese zu analysieren und an die Strukturen der Konflikte zu gelangen, die „Entdeckung der Tiefendimension von Gesellschaft“ und das Erkennen des Wesens der Gesellschaft „hinter ihren Erscheinungen und Fassaden“ (Bernhard 2014: 765), ist das Ziel politischer Bildung.

5 Politische Bildung und Demokratiebildung

Der Modus, in dem politische Bildung aktuell am häufigsten angesprochen wird, ist der der Demokratiebildung. Ich denke, eine Gleichsetzung (Demokratiebildung = politische Bildung; politische Bildung = Demokratiebildung) hilft weder der Wissenschaft noch der Praxis weiter. Ebenso wenig hilft es weiter, wenn die Bezeichnung politischer Bildung als Demokratiebildung bei einem rein symbolischen Akt verbleibt, mit dem nur angezeigt werden soll, dass Demokratie geschützt werden muss. Ich schlage daher eine Differenzierung vor, die die Rolle politischer Bildung in der Transformation schärfen könnte (siehe dazu ausführlich Wohnig 2023a).

Sozialpädagogische Demokratiebildung	Politische Bildung
• Partizipationspotenziale der pädagogischen Räume • Ermöglichung demokratischer Erfahrung: Lernen von Demokratie in demokratischer Praxis • Angenommene Mündigkeit aller Teilnehmenden (Erziehung zur Mündigkeit in Mündigkeit) • Betroffenheit als Grund für Kompetenz / inhaltliche Expertise der Teilnehmenden • Gemeinsame Deliberation von Fachkräften und Teilnehmenden (durch Rechte und Verfahren abgesichert) • Partizipation in der Kommune	• Analyse von gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Gegenständen/Konflikten • Das Politische als Gegenstand: Aufgreifen von Konflikten • Analytisches Vordringen zu den strukturellen Bedingungen des behandelten Konfliktes • Ermöglichung politischer Urteilsbildung • Ermöglichung von politischer Partizipation (und damit Erfahrung) im Kontext des analysierten Konfliktes

Quelle: Sämann/Wohnig 2023

Neben dem oben skizzierten Verständnis politischer Bildung mit dem Fokus auf die Analyse bestehender gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Verhältnisse tritt ein sozialpädagogisches Konzept der Demokratiebildung, das den Fokus auf die Frage lenkt, ob und wie Kinder und Jugendliche in pädagogischen Institutionen demokratisch partizipieren können. Demokratiebildung meint hierbei, dass diejenigen, die von Entscheidungen in pädagogischen Institutionen betroffen sind, auch an der Herstellung der Entscheidung beteiligt sind. Demokratiebildung ist nicht beschränkt auf kognitives Lernen über Demokratie, sondern meint die Erfahrung demokratischer Partizipation. Demokratie wird gelernt durch das Erfahren von demokratischer Partizipation. Auf der Basis dieses Konzeptes (siehe etwa Sturzenhecker 2020) komme ich zu einer idealtypischen Differenzierung, die dabei helfen kann, pädagogische Institutionen und pädagogisches Handeln auf ihre und seine Potenziale für politische Bildung und/oder Demokratiebildung zu befragen. Die Differenzierung macht es etwa möglich, in Schulen nach Räumen und Gelegenheiten für Demokratiebildung zu suchen – wie die Gestaltung des Offenen Ganztages, von Bildungslandschaften oder Kooperationsprojekten mit außerschulischen Bildungspartner:innen (Coelen/Wohnig 2025). Gleichzeitig schafft sie Sensibilität dafür, dass politische Bildungsprozesse immer auch Orte der Demokratiebildung sein können, so wie Prozesse der Demokratiebildung immer

auch politisches Bildungspotenzial haben. Es kommt dann darauf an, dieses Potenzial aufzuspüren und dementsprechende Bildungsgelegenheiten zu nutzen, etwa, indem Strukturen, die demokratische Beteiligung (Demokratiebildung) ermöglichen oder behindern, analysiert werden (politische Bildung).

6 Zur Rolle politischer Bildung in einer demokratischen Gesellschaft in Zeiten gesellschaftlicher Transformation

Vor dem Hintergrund der kursorischen Ausführungen möchte ich nun zwei Ebenen unterscheiden, auf denen politische Bildung herausgefordert ist. Zum einen ist dies die *strukturelle* Ebene, die auch die Verbandspolitik betrifft. Hier sollte zum einen eine Debatte geführt werden über die Aufgaben politischer Bildung, die mit den Anrufungen einhergehen. Geht es um symbolisches Feuerlöschen und Prävention oder (zumindest auch) um Bildung? Wie sollte das Feld der politischen Bildung seine Aufgaben kommunizieren? Dazu gehört, die Anrufungen politischer Bildung (z. B. auch als Demokratiebildung) kritisch zu reflektieren: Welche (Um)Deutungen politischer Bildung gehen damit einher? Und weiterhin sollte eine Debatte zur Frage nach Potentialen von Demokratiebildung in Kontexten politischer Bildungsprozesse geführt werden. Wo sind Räume, die Gelegenheiten schaffen für Demokratiebildung in Schulen, in außerschulischen Bildungssettings, in der Jugendarbeit usw.?

Die zweite Ebene betrifft die Ebene der konkreten *Bildungspraxis*. In einem wie oben beschriebenen Verständnis ginge es dann darum, politische Bildung auf die Analysefähigkeit zu fokussieren. Teilnehmende politischer Bildungsangebote müssen befähigt werden, die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Strukturen zu erkennen, die hinter Problemen, Konflikten und Fällen liegen. Gleichzeitig sollte politische Bildung nicht beim Erkennen stehenbleiben, sondern auch Räume und Gelegenheiten zur Erfahrung politischer Partizipationsprozesse bieten (Wohnig 2022). Politische Bildung kann dadurch im Kontext von Angeboten stattfinden, die auf Demokratiebildung zielen, etwa wenn Partizipationspotentiale im schulischen und außerschulischen Raum kritisch reflektiert werden.

Anmerkungen

- 1 Diese kurzen Ausführungen basieren auf einem aktuellen Forschungsprojekt, das, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert, aktuell an der Universität Siegen durchgeführt wird. Ich danke Steffen Pelzel für die Hinweise.
- 2 So auch in Wohnig 2023a.

Literatur

- Adorno, T. W. (1971) [1969]: Erziehung zu Mündigkeit. In: Ders. (Hrsg.): Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt a. M., S. 110–125.
- Bader, P. u. a. (2011): Die multiple Krise - Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Dies. (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg, S. 11–28.
- Barbehön, M./Wohnig, A. (2022): (Politische) Bildung als Verhinderung: Zu den Verkürzungen eines präventiven Zukunftsbezugs. In: Bünger, C. u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2021. Zukunft – Stand jetzt. Weinheim/Basel, S. 170–181.
- Bernhard, A. (2014): Materialistische Pädagogik. Hans-Jochen Gamm's erziehungswissenschaftlicher Ansatz eines kritisch-humanistischen Materialismus. In: Zeitschrift für Pädagogik 5/2014, S. 764–781.
- BMFSFJ (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Bürgin, J. (2021): Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung. Weinheim/Basel.
- Butterer, H./Lingenfelder, J./Pelzel, S. (2024): Kritische politische Bildung in sozial-ökologischen Krisen. In: Chehata, Y. u. a. (Hrsg.): Handbuch kritische politische Bildung. Frankfurt a. M., S. 115–123.
- Coelen, T./Wohnig, A. (2025): Spannungsverhältnis von Schule und Demokratiebildung. In: Achour, S. u. a. (Hrsg.): Handbuch Demokratiebildung und Fachdidaktik. Bd. 1: Grundlagen und Querschnittsthemen. Frankfurt a. M., S. 65–75.
- Die Bundesregierung (2025): Transformation gemeinsam gerecht gestalten. Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie Weiterentwicklung. Berlin.
- DVPB (2023): Die DVPB warnt vor Entkernung und Instrumentalisierung der politischen Bildung. Online einzusehen unter: https://dvpb.de/wp-content/uploads/2023/03/PM_DVPB_DFoerdG_final.pdf [28.03.2025].
- DVPB/bap (2025): Kleine Anfrage, große Sorgen: Zivilgesellschaft und Träger der politischen Bildung verunsichert. Online einzusehen unter: <https://dvpb.de/2025/02/27/kleine-anfrage-grosse-sorgen-zivilgesellschaft-und-traeger-der-politischen-bildung-verunsichert/> [31.03.2025].
- Fischer, K. G. (1981): „Viel Lärm um nichts“ - oder: Wie ist es um die Politische Bildung bestellt? In: APuZ 44/1981, S. 25–30.
- Hufen, F. (2018): Politische Jugendbildung und Neutralitätsgebot. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 2/2018, S. 216–221.
- Kenner, S./Lange, D. (2022): Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe. In: Beutel, W. u. a. (Hrsg.): Handbuch Demokratiepädagogik. Frankfurt a. M., S. 62–71.
- Lessenich, S. (2022): Dieses obscure Objekt der Begierde. Oder: Wessen Halt ist der Zusammenhalt? In: Soziologische Revue 1/2022, S. 24–36.
- Lessing, C./Knepper, H. (1996): Politisches Handeln für die Politische Bildung – Zur Geschichte der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. In: Weidinger, D. (Hrsg.): Politische Bildung in der Bundesrepublik. Zum 30jährigen Bestehen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Opladen, S. 13–27.
- Meinel, F. (2025): Wenn die Polizei schon gegen arabische Gesänge vorgeht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.02.2025.
- Prehm, F. (2024): Subjektgeschichte Politischer Bildung 1955–1980: Konstruktion und Transformation des Eigenen und Anderen. Frankfurt a. M.
- Sämann, J./Wohnig, A. (2023): Entgrenzungen im Diskurs um Demokratiebildung und politische Bildung. In: Der pädagogische Blick 4/2022, S. 257–268.
- Sturzenhecker, B. (2020): Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendarbeit. In: Bollweg, P. u. a. (Hrsg.): Handbuch Ganztagsbildung. Wiesbaden, S. 1261–1271.
- Weidinger, D. (1996) (Hrsg.): Politische Bildung in der Bundesrepublik. Zum 30jährigen Bestehen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Opladen.
- Widmaier, B. (2022): Extremismuspräventive Demokratieförderung. Frankfurt a. M.
- Wohnig, A. (2021): Corona als politikdidaktische Herausforderung. In: Hentges, G. u. a. (Hrsg.): Demokratie im Zeichen von Corona. Berlin, S. 353–368.
- Wohnig, A. (2022): Politische Partizipation als Weg zum Ziel politischer Bildung. In: Ders./Zorn, P. (Hrsg.): Neutralität ist keine Lösung! Politik, Bildung – politische Bildung. Bonn, S. 343–375.
- Wohnig, A. (2023a): Demokratiebildung und/oder politische Bildung: Differenzierungsversuche am Beispiel der außerschulischen politischen Jugendbildungsstätte. In: Fritz, F. u. a. (Hrsg.): Wie gelingt partizipative politische Bildung für Jugendliche und junge Erwachsene im Fußball? S. 28–43.
- Wohnig, A. (2023b): Von der Förderung politischen Wissens und politischer Einstellungen zur politischen Handlungsfähigkeit? Eine Infragestellung des linearen Weges politischer Bildung. In: Achour, S./Gill, T. (Hrsg.): Vom Klassenrat bis zum zivilen Ungehorsam. Partizipation in der Demokratie und der Auftrag der politischen Bildung. Frankfurt a. M., S. 87–98.

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter:
DOI <https://doi.org/10.46499/2586.3498>

Martina Tschirner

60 Jahre DVPB – 60 Jahre verbandspolitisches Engagement für die politische Bildung – ein Blick zurück und nach vorne!

Im Gespräch mit Dr. Andrea Szukala, stellvertretende Bundesvorsitzende der DVPB und Professorin für Politische Bildung an der Universität Augsburg, Andrea Rühmann, Vorsitzende des Bundesausschusses politische Bildung, bap e.V. und Geschäftsführerin des AKSB, Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V., Arne Busse, Fachbereichsleiter Zielgruppenspezifische Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung, bpb und Dr. Andreas Keller, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW haben wir einen Blick zurück in die Geschichte der DVPB und der politischen Bildung geworfen und über aktuelle Herausforderungen nachgedacht. An dem Gespräch haben sich auch Teilnehmer:innen aus dem Publikum beteiligt, die auf dem „freien Stuhl“ Platz nahmen. Wir bedanken uns an dieser Stelle noch einmal bei allen Beteiligten und bitten um Entschuldigung, dass wir hier nicht auf alle Beiträge eingehen können.

Die 1960er-Jahre – Gründung der DVPB und Etablierung der politischen Bildung in Westdeutschland

Die Gründung der DVPB erfolgte am 5. März 1965 nicht zufällig im Bundesland Hessen und der Stadt Frankfurt am Main. Die politische Bildung spielte in Hessen bereits während der US-amerikanischen Besatzungszeit eine besondere Rolle, denn die Re-Education-Politik der Vereinigten Staaten zielte u. a. auf eine weitreichende Reform der schulischen Curricula. So sollte das Unterrichtsfach „Social Studies“ an deutschen Schulen eingeführt werden und zur Entwicklung des „demokratischen Bürgersinns“ beitragen. Hessen war dann auch das erste Bundesland, in dem „Sozialkunde“ als reguläres Unterrichtsfach an den allgemeinbildenden Schulen in die Stundentafeln aufgenommen wurde. Ausgebildet wurden die künftigen Sozialkundeführer:innen allerdings noch nicht an Universitäten, sondern in zwei landeseigenen Pädagogischen Instituten. Eine vergleich-

bare Entwicklung fand in Baden-Württemberg statt. Hier wurde das Unterrichtsfach „Gemeinschaftskunde“ zum Leitfach der politischen Bildung. Die Akademisierung der Sozialkundeführer:innenausbildung erfolgte erst im Laufe der 1960er-Jahre, nachdem sich in den westlichen Bundesländern die Politikwissenschaft als neue akademische Disziplin etabliert hatte und durch die Einrichtung der ersten Professuren für Didaktik der politischen Bildung ergänzt wurde. Zuvor gab es nur an einzelnen Universitäten die Möglichkeit, Weiterbildungskurse zu belegen oder im Rahmen des erziehungswissenschaftlichen Begleitstudiums politikwissenschaftliche Lehrveranstaltungen zu besuchen, um eine Ergänzungsprüfung abzulegen. Dass die Fächer Sozialkunde oder Gemeinschaftskunde in den Stundentafeln der Schulen eine eher untergeordnete Rolle spielten, lag nicht zuletzt auch daran, dass sich die Kultusministerkonferenz erst 1960 durchringen konnte, einen Beschluss zur Etablierung der politischen Bildung und die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches in den Jahrgangsstufen 12 und 13 zu fassen. (Rahmenvereinbarung zur Ordnung des Unterrichts auf der Oberstufe der Gymnasien – Saarbrücker Rahmenvereinbarung, 1960). Zuvor setzte man auf „politische Bildung als Unterrichtsprinzip“ in allen Unterrichtsfächern und empfahl den Bundesländern lediglich, ab der 7. Jahrgangsstufe politische Bildung auch als Unterrichtsfach einzuführen. In seinem instruktiven und von großer Detailkenntnis getragenen Beitrag zur Gründung der DVPB hat Hans-Joachim von Olberg, langjähriger Redakteur der Verbandszeitschrift POLIS, darauf hingewiesen, dass sich diese Haltung durchaus auch als „Element eines in der Adenauerzeit verbreiteten restaurativen und anachronistischen Gesellschaftsbildes“ (von Olberg 2022, S. 11) verstehen lässt.

Der KMK-Beschluss im Jahr 1960 dürfte auch im Zusammenhang mit den Hakenkreuz-Schmierereien an der Kölner Synagoge im Jahr zuvor gestanden haben, denen eine



Foto: privat

Die Teilnehmer:innen an der zweiten Gesprächsrunde: Andrea Rühmann (bap e.V. und AKSB), Andrea Szukala (DVPB), Martina Tschirner, Moderation (DVPB und POLIS), Andreas Keller (GEW), Arne Busse (bpb) (v.l.n.r.)

antisemitische Welle mit mehreren Hundert Straftaten folgte. Nur 15 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus brach sich die antisemitische Einstellung vieler Deutscher wieder Bahn und das Entsetzen der Öffentlichkeit im In- und Ausland war groß. Der politischen Bildung wurde nun eine Art Feuerwehrfunktion zugesprochen, um den entstehenden antisemitischen Flächenbrand wieder zu löschen. Die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches in allen Bundesländern in den frühen 1960er-Jahren bezeichnet von Olberg als „Take-off-Phase“ in der Geschichte politischer Bildung. Maßgeblich trugen die beiden ersten Professoren für die Didaktik der politischen Bildung, Kurt Gerhart Fischer und Wolfgang Hilligen, an der Universität Gießen zur didaktischen Wende in der politischen Bildung bei.

In Reaktion auf die antisemitische Welle etablierte die Bundesregierung am Frankfurter Institut für Sozialforschung (ISF) das „Studienbüro für politische Bildung“, das fortan Studienreisen in die USA für Lehrer:innen anbot, um die dortige Praxis der civic education kennenzulernen. Als Leiter wurde Friedrich Minssen eingesetzt, finanziert wurde das Büro durch das Land Hessen, die Stadt Frankfurt am Main sowie die Ford-Foundation.

Die Gründung der DVPB, die zunächst noch den Untertitel „Arbeitskreis der Lehrer für Sozialkunde und Gemeinschaftskunde“ trug, ist schließlich der Initiative Friedrich Minssens zu verdanken. Ihm ging es darum, einen überparteilichen Fachverband zu schaffen, der sich für die Stärkung der politischen Bildung einsetzt und die Interessen der politisch Bildenden vertritt. War die DVPB zunächst ein reiner Lehrer:innenverband, kamen später auch viele Mitglieder aus dem Bereich der außerschulischen Bildung hinzu. Noch im Gründungsjahr veröffentlichte die DVPB einen ersten öffentlichen Aufruf, als die NPD in Bayern und Hessen in die Landtage gewählt wurde: „Nicht die politische Bildung, sondern die Politik selbst ist immer noch – im guten wie im bösen – die wirksamste Lehrmeisterin politischen Verhaltens.“ (zit. n. von Olberg 2022)

1970er-Jahre – Politisierung der politischen Bildung

Der gesellschaftliche Auf- und Umbruch der 1960er-Jahre blieb auch für die politische Bildung und ihren neuen Verband nicht ohne Folgen. In der Profession der politischen



Der DVPB-Bundesvorsitzende Alexander Wohnig eröffnet die Fachtagung, die anlässlich des 60. Geburtstages der DVPB am 10. März 2025 in der Evangelischen Akademie Frankfurt am Main stattfand.

Foto: privat

Bildung wurde heftig über Inhalte und Ziele debattiert. Die Konfliktlinien verliefen entlang unterschiedlicher Demokratievorstellungen: Sollte die politische Bildung dazu beitragen, die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche durch die Förderung gesellschaftspolitischen Handelns zu ermöglichen, was die Vertreterinnen eines eher sozialen Demokratieverständnisses forderten? Die Gegenseite, die von einem eher liberalen Demokratieverständnis ausging, sah darin eine Überwältigung der Lernenden.

Auf der gesellschafts- bzw. bildungspolitischen Ebene wurden diese Konflikte u. a. in der Kontroverse um die Einführung der Hessischen Rahmenrichtlinien ausgetragen.

ANDREAS KELLER: *Als ich in den 1970er- und 1980er-Jahren in der Schule in Baden-Württemberg war, gab es so etwas wie die politische Bildung selbst an einem Gymnasium nicht. Wir hatten eine Stunde Gemeinschaftskunde und das war dann im Kern so etwas wie Staatsbürgerkunde. Wir haben etwas über die verschiedenen Staatsorgane und die Wahlrechtsgrundsätze gelernt. Erst als ich dann zum Studium nach Marburg ging, eröffneten*

sich mir Welten und ich erfuhr dann zum Beispiel von der Auseinandersetzung über die hessischen Rahmenrichtlinien für die Gesellschaftslehre. Das ist das Entscheidende, was sich in den siebziger Jahren vollzogen hat: Zum einen, dass Politik als Fach an Schulen etabliert worden ist. Und zum anderen, dass es eben nicht mehr um eine Institutionenkunde ging. Politische Bildung sollte politische und gesellschaftliche Kontroversen aufgreifen, Schülerinnen und Schülern Kritikfähigkeit vermitteln, was letztlich mit einer emanzipatorischen Idee verbunden ist. Politische Bildung und Demokratieerziehung sollen auch nicht nur als Aufgabe des Unterrichtsfachs Politik verstanden werden, sondern auch von anderen Fächern aufgegriffen werden. Es gibt eine politische Praxis und wir müssen die Schülerinnen und Schüler ermuntern, daran teilzunehmen. Darüber hinaus müssen Schulen und andere Bildungseinrichtungen selbst jungen Menschen echte Partizipationsmöglichkeit bieten und ihnen Gelegenheiten eröffnen, Erfahrungen mit Demokratie und Mitbestimmung zu machen. Die Einführung der Schüler:innenvertretungen in den 1970er-Jahren ist erkämpft worden und diese gilt es zu verteidigen.

Info

Als „Gelbe Bibel“ wurde die programatische Schrift von D. Grosser u. a. bezeichnet, die im Jahr 1976 auf Initiative der damaligen Kultusminister Hans Maier (Bayern) und Bernhard Vogel (Rheinland-Pfalz) verfasst und von allen Kultusministern der unionregierten Bundesländer („B-Länder“) herausgegeben wurde. Sie wurde als konservative Antwort auf die Rahmenrichtlinien in den „A-Ländern“ Hessen und Nordrhein-Westfalen gelesen und stand massiv in der Kritik. Aufgrund ihres gelben Umschlags wurde die Schrift von den Gegner:innen als „Gelbe Bibel“ bezeichnet und sie hat unter diesem Namen einen festen Platz in der Geschichte der politischen Bildung.

Dieter Grosser/Manfred Hättich/Heinrich Oberreuter/Bernhard Sutor, Politische Bildung. Grundlagen und Zielprojektionen für den Unterricht an Schulen, hrsg. von Walter Braun u. a., Stuttgart 1976

Die heftigen politischen Kontroversen um die Einführung der „Hessischen Rahmenrichtlinien“ für das Fach Gesellschaftslehre machen deutlich, dass die politische Bildung aber auch zum Kampfplatz wurde, auf dem unterschiedliche Auffassungen von den Zielen der politischen Bildung aufeinanderprallten. Die Widerstände gegen eine kritisch-emanzipatorische Bildung, wie sie von großen Teilen der politisch Bildenden vertreten wurde, waren erheblich. Diese Phase der Polarisierung der unterschiedlichen Auffassungen endete bekanntlich im sogenannten „Beutelsbacher Konsens“.

FRANK NONNENMACHER, em. Prof. für die Didaktik der Sozialwissenschaften in Frankfurt am Main: *Es gab heftige Diskussionen in den Kollegien, insbesondere an den Gesamtschulen, die seinerzeit gegründet wurden und von denen es in Hessen viele gab. So war ich in Lampertheim an einer Gesamtschule. Wir haben lebhaft darüber diskutiert, was politische Bildung bedeutet. Und politische Bildung haben alle gemacht: im Deutschunterricht, in der Geographie, Sozialkunde, Geschichte. Wir haben uns nicht nach Fächern orientiert, sondern im Unterricht das gemacht, was poli-*

tisch notwendig war. Es gab viele neue politikdidaktische Publikationen, über die wir uns ausgetauscht haben, beispielsweise darüber, ob wir eher konfliktorientiert oder fallbezogen arbeiten wollen. Uns war immer wichtig, dass das Interesse der Schüler:innen genügend berücksichtigt wurde. Und wir haben leidenschaftlich über die „gelbe Bibel“ gestritten. Denn in den Kollegien wurden durchaus unterschiedliche Auffassungen vertreten und es gab auch Anhänger der „gelben Bibel“. Gegen das vermeintliche Neutralitätsgebot haben wir übrigens massenhaft verstoßen, ganz einfach deshalb, weil wir es für falsch hielten.

Die 1980er-Jahre – Krisenzeiten für die politische Bildung und neue Aufgaben

Wolfgang Sander hat die 1980er-Jahre als Krisenzeiten für die politische Bildung beschrieben. Die Krise zeige sich sinnbildlich darin, dass von den fünf Professuren für die Didaktik der politischen Bildung an der Universität Gießen letztlich nur eine übrig blieb. Weil die Planstellen an den Schulen in den 1970er-Jahren besetzt worden seien, habe es über Jahrzehnte kaum eine Notwendigkeit gegeben, neue Lehrer:innen für die politische Bildung auszubilden. Damit einher ging der Abbau der wissenschaftlichen Infrastruktur, der sich v. a. in rückläufiger Forschung und schwindenden Publikationen zeigte (Sander 2015). Die DVPB tat gut daran, sich in dieser Zeit Partner:innen zu suchen und fand sie v. a. in der Bundeszentrale für politische Bildung, mit denen gemeinsame Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt wurden. 1982 fand dann der erste Bundeskongress politische Bildung (BuKo) in Gießen statt. Initiator war Kurt Gerhart Fischer. Vier weitere folgten, bis die Bundeszentrale für politische Bildung und schließlich auch der bap e.V. als Kooperationspartner auftraten. Ziel war es, nach den Jahren konfrontativer Auseinandersetzung eine Versachlichung des Diskurses über die politische Bildung herbeizuführen, aber auch den lebendigen Austausch zwischen den politisch Bildenden, Didaktiker:innen und Politiker:innen zu fördern.

Die 1990er-Jahre – Politische Bildung nach der deutschen Vereinigung

Nach dem Mauerfall und der deutschen Vereinigung standen die 1990er-Jahre für die DVPB im Zeichen der Gründung der Landes-

verbände in den damals noch neuen Bundesländern. Das war verbandspolitisch und vor dem Hintergrund notwendig, die politische Bildung in den Stundentafeln und Curricula fest zu verankern. Dass dies gelang, war das große Verdienst Herbert Kneppers (Bundesvorsitzender 1986–1994), der sich unermüdlich für den nicht immer sehr leichten Aufbau der Landesverbände und damit auch der politischen Bildung in den neuen Bundesländern einsetzte.

ARNE BUSSE: *Die große Herausforderung der 1990er-Jahre war es, 17 Mio. Menschen zu integrieren, die nicht dieselbe Demokratieerfahrung hatten wie die anderen.*

Eine weitere große Herausforderung bestand darin, kurzfristig neue Lehrkräfte für das Fach auszubilden. Die DVPB beteiligte sich an dieser anspruchsvollen Aufgabe und bot eigene Fort- und Weiterbildungen oder Kooperationsveranstaltungen an. Das wichtigste Thema für die politische Bildung jener Jahre war der Kampf gegen den Rechtsextremismus. Die Städte Rostock, Hoyerswerda, Solingen oder Mölln haben sich als Orte schwerer rassistischer Gewalt in Gestalt von Pogromen oder nächtlichen Brandanschlägen in das kollektive Gedächtnis eingeschrieben. Wie bereits in den 1960er-Jahren erfolgte hier die Inanspruchnahme der politischen Bildung als „Feuerwehr“: Bund und Länder legten als Reaktion das Projekt „Demokratie leben und lernen“ auf, mit dem jugendlicher Gewalt und rechtsextremen Bestrebungen entgegengewirkt werden sollte. Dies führte zu weiteren Kontroversen über die politische Bildung, die sich nun durch die neueren Ansätze des Demokratielernens herausgefordert sah.

2000er-Jahre – PISA-Schock und curriculare Veränderungen

Der sogenannte PISA-Schock und seine bildungspolitischen Folgen sind auch an der politischen Bildung und der DVPB nicht spurlos vorübergegangen. Der Verband setzte sich kritisch mit der curricularen Umsteuerung auseinander, die durch die Einführung der Bildungsstandards und Kompetenzmodelle in allen Bundesländern einsetzte. Damit einher ging ein deutlicher Aufschwung der empirischen Bildungsforschung, die sich auch in der universitären Politikdidaktik etabliert hat.

Seit den frühen 2000er-Jahren kämpft die DVPB gegen den zunehmenden Bedeutungsverlust der schulischen politischen Bildung, denn immer mehr Kultus- oder Bildungsministerien gingen dazu über, die Fächer Sozialkunde, Gemeinschaftskunde oder auch Sozialwissenschaften curricular zu verändern und mehr ökonomische Inhalte für den Unterricht in den allgemeinbildenden Schulen festzulegen. Diese Neuausrichtung zeigt sich auch in der Neubenennung der Fächer der politischen Bildung, die seither z. B. „Politik und Wirtschaft“ (Hessen), „Politik/Wirtschaft“ (NRW), „Wirtschaft – Politik“ (Niedersachsen) usw. heißen. Damit haben zumindest einige Ministerien auf die Forderung nach Einführung eines Separatfaches „Wirtschaft“ reagiert, die seit den späten 1990er-Jahren von Wirtschaftsverbänden und Stiftungen immer wieder erhoben wird. So fragten Dirk Lange (Bundesvorsitzender der DVPB 2006–2015) und Steve Kenner (Zweiter Bundesvorsitzender seit 2024) im Zuge der Einführung des Faches „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ in Baden-Württemberg, ob das Fach als Trojanisches Pferd wirke. Arbeitgeber:innen- und Industrieverbände haben die Einführung des Faches beratend begleitet und über Internetportale wie „Wirtschaft und Schule“, betrieben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln, einem arbeitgebernahen Verein, der von Verbänden und Unternehmen der Wirtschaft finanziert wird, gelangen Unterrichtsmaterialien im Auftrag der Wirtschaft direkt ins Klassenzimmer.

Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen und die Neuausrichtung der politischen Bildung geht weiter, wie Entwicklungen z. B. in NRW zeigen, wo die Abschaffung des Unterrichtsfaches Sozialwissenschaften schließlich durch die DVPB-NW-Kampagne „sowi-bleibt“ verhindert werden konnte. Die DVPB und ihre Landesverbände haben seither teilweise mit großem Erfolg in vielen Stellungnahmen und unermüdlicher Öffentlichkeitsarbeit Druck auf die politischen Verantwortlichen ausgeübt, um einem weiteren Bedeutungsverlust der politischen Bildung, auch zugunsten der ökonomischen Bildung Einhalt zu gebieten.

DARINA ISSERLIS, Erste Landesvorsitzende der DVPB Thüringen: *Wir haben es in Thüringen im letzten Jahr (Anm. der Redaktion: 2024) geschafft, Kürzungen von politischer*

Bildung im gymnasialen Bereich zu verhindern. Wir haben sehr, sehr viel Solidarität und Unterstützung erfahren, auch seitens der GEW und anderer Akteure, von der Bundeszentrale. Dankeschön aus Thüringen dafür.

Aktuelle Herausforderungen

Politische Bildung ist keine Feuerwehr

Nach den rassistisch bzw. rechtsextrem motivierten Anschlägen von Halle/Saale und Hanau bzw. der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (2019/2020) legte die damalige Bundesregierung einen Gesetzesvorschlag zur „Verstetigung von Maßnahmen zur Demokratieförderung“ (kurz „Demokratiefördergesetz“) vor, um die finanzielle Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen in ihrem Engagement gegen „Extremismus“ zu sichern. Die DVPB hat das Gesetzgebungsverfahren, das letztlich zu keinem Abschluss führte, kritisch begleitet und mit ihren Stellungnahmen deutlich zur Profilierung der politischen Bildung angesichts rechtsextremer Herausforderungen beigetragen. So lehnt die DVPB ab, politische Bildung als „Extremismusprävention“ zu verstehen, wie dies im Gesetzentwurf zum Ausdruck kommt: „Basierend auf Grund- und Menschenrechten sowie der Notwendigkeit kritischer Mündigkeit für die Demokratie beruft sich politische Bildung auf einen dauerhaften Bildungsauftrag. Ziel ist es, Prozesse der Transformation von Selbst- und Weltverhältnissen sowie politische und gesellschaftliche Partizipation in einem pluralen, öffentlichen und demokratischen Raum zu unterstützen. (...) Im Gegensatz zu einem defizitorientierten Ansatz – wie er im Feld Prävention zum Tragen kommt – betont politische Bildung die prinzipielle demokratische Kompetenz aller Menschen. An diese knüpft politische Bildung an, wenn sie ermutigt und befähigt, die bestehenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu analysieren, sich zu ihnen zu positionieren, sie kontrovers zu diskutieren und mit anderen zu gestalten. Ohne dieses gesellschaftliche Fundament kann sich die Demokratie nicht weiterentwickeln.“ (DVPB Pressemitteilung vom 27.03.2023)

ANDREA SZUKALA: *In der Auseinandersetzung um das „Demokratiefördergesetz“ sind wir als Verband der politischen Bildung*

politisch sehr sichtbar geworden, unter anderem bei der Anhörung im Deutschen Bundestag im März 2023, bei der ich die DVPB als Sachverständige vertreten habe. Wir haben zugleich enorm viel Zeit und Energie in Lobbying, Medienarbeit und Hintergrundgespräche investiert, um zu erklären, was unsere Auffassung von politischer Bildung ist. Dabei ging es immer darum zu zeigen, dass politische Bildung, gerade die außerschulische, intrinsisches Element in einer demokratischen politischen Kultur ist und nicht Vehikel sehr spezifisch ausgerichteter staatlicher Politikprogramme. Gerade in der Perspektive der durch und in politischer Bildung aktiven Zivilgesellschaft als dem unhintergehbaren Fundament der Demokratie wird es für uns schwierig, wenn wir uns öffentlich mit einem ausschließlich an staatlichen Zielen ausgerichteten Verständnis von Bildung konfrontiert sehen und uns daran reiben, während wir zugleich ja auch eingefasst in staatlichen Institutionen politische Bildung betreiben. Diese spezifische Gemengelage der politischen Bildung ist außerordentlich heikel. Und sie ist in den aufgeheizten Debatten, wo es natürlich auch immer um öffentliche Förderungen und Steuerungsansprüche geht, in all den dann notwendigen Differenzierungsschritten ausgesprochen kompliziert zu vermitteln. Da passiert es dann auch schnell, dass einem gar nicht zugehört wird, weil es alles irgendwie viel zu komplex ist. Andererseits vereinnahmen auch sehr viele feldfremde Akteure die politische Bildung und Demokratiebildung, weil man sich darin so schön plakativ als „Demokratieretter“ positionieren kann. Das macht es für uns nicht einfacher.

Demokratie braucht politische Bildung, keine Neutralität!

Politisch Bildende sind immer wieder verunsichert, wenn von unterschiedlichen Stellen der Ruf nach „Neutralität“ von Schule und Lehrkräften laut wird. Nicht nur die in Teilen als rechtsextrem eingestufte AfD hat mit ihren „Meldeportalen“, über die Schüler:innen und Eltern anonym parteikritische Lehrkräfte melden sollten, dazu beigetragen, Lehrkräfte einzuschüchtern. Jüngst (Februar 2025) hat die CDU/CSU-Fraktion eine Kleine Anfrage im Bundestag zur „politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ gestellt und die Bundesregierung aufgefordert, 551 Fra-

gen zu 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen zu beantworten (s. o. S. 4). Auch dies ist geeignet, die Zivilgesellschaft und politische Bildner:innen einzuschüchtern und gemeinnützige Vereine, darunter auch bedeutsame Bildungsakteur:innen unter Druck zu setzen.

Gemeinsam mit dem DGB, der GEW und dem Bundeselternrat hat die DVPB unmissverständlich zum Ausdruck gebracht: „Die Schule ist kein politisch neutraler Ort! Sie ist den demokratischen Prinzipien wie etwa dem Schutz der Würde des Menschen und dem Schutz vor Diskriminierung, verpflichtet.“ (Positionspapier vom 19.02.2024) Denn ein allgemeines politisches Neutralitätsgebot lässt sich weder mit dem Bildungsauftrag der Schule begründen, noch aus den Landesverfassungen, den Schulgesetzen oder dem Beamtenrecht herleiten.

ANDREA SZUKALA: *Mit dem Neutralitätsthema setzt sich der Verband seit Jahren proaktiv und öffentlichkeitswirksam auseinander und nimmt hier selbstverständlich auch die Interessen der Professionellen wahr, die zum Teil erheblichen Anfeindungen ausgesetzt sind (s. AfD-„Meldeportale“ und die Kampagne „Wir sind nicht neutral“). Es ist für uns eine sehr wichtige Aufgabe, die uns in den nächsten Jahren sicher noch intensiv beschäftigen wird.*

ANDREAS KELLER: *Wir müssen die Menschen befähigen, demokratisch tätig zu werden und die Verhältnisse zu hinterfragen. Und wir müssen ihnen klarmachen, dass man das man seine/ihre Meinung frei äußern kann. Die GEW ermuntert Lehrkräfte, dass politische Bildung nicht neutral sein darf, wenn es um das Demokratieprinzip und Menschenrechte geht. Es ist selbstverständlich auch OK, wenn sie in ihrer Freizeit auf eine Demo, z. B. gegen Rechtsextremismus gehen, auch wenn sie Beamten:innen sind. Auch solche Fragen erreichen uns. Allerdings deutlich stärker aus den Regionen in Ostdeutschland, wo die AfD besonders stark ist. Wir müssen die Lehrkräfte empowern und schützen. Mit einer gemeinsamen Kampagne mit Influencer:innen konnten wir voriges Jahr auf Social Media einen wichtigen Beitrag starten, dem weitere folgen müssen.*

Und gemeinsam mit dem bap e.V. reagierte die DVPB auf die „Kleine Anfrage“ mit einem

Zitat des Staatsrechtlers Friedhelm Hufen: „Privaten Trägern kommen selbst Grundrechte zu, die nicht durch überzogene Neutralitätsanforderungen beeinträchtigt werden dürfen. Schon gar nicht dürfen sie bei Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu politischer ‚Selbstkasteiung‘ und zum Maulkorb [...] werden“ (Hufen 2018, S. 221).

ANDREA RÜHMANN: *Ich bin erst seit Oktober 2024 Bundesvorsitzende des bap e.V. und erst seit April 2022 bei der AKSB und habe aber das Gefühl, dass ich viel weniger meine Kompetenzen in politischer Bildung einbringen kann, als dass ich Lobbyarbeit machen muss. Meiner eigentlichen Arbeit gehe ich weniger nach als ich gerne würde, vielmehr kämpfe ich mit anderen Trägern gemeinsam um den Erhalt der Fördermittel oder schreibe Stellungnahmen wie z. B. zu der „Kleinen Anfrage“ [Anm. der Redaktion: der CDU/CSU-Fraktion]. Als AKSB-Geschäftsführerin habe ich tatsächlich dazu eine Presseanfrage bekommen und wurde gefragt, wie ich mich dazu verhalte und wie ich das bewerte, ob ich mich davon betroffen fühle. Und das ist gepaart mit einer ganzen Reihe von Anfragen zur Satzung, zur Gemeinnützigkeit, zum vermeintlichen Neutralitätsgebot. Man fühlt sich ein wenig ohnmächtig und getrieben. Gleichzeitig suchen wir nach Bündnissen und anderen Verbänden, mit denen wir uns gemeinsam positionieren können. Das ist zurzeit mein Tagesgeschäft. Und ich habe das Gefühl, dass wir unsere Profession verteidigen und permanent erklären müssen, warum es politische Bildung braucht, dass wir nicht indoktrinieren und schon gar nicht parteipolitisch gefärbt sind. Aus dieser Verteidigungsschleife kommen wir gerade nicht so richtig gut heraus.*

Wie sollte staatliche politische Bildung verfasst sein?

Die DVPB hat mit der Bundeszentrale, aber auch mit den Landeszentralen, dem bap e.V. und der GEW starke Verbündete. In der Vergangenheit, aber auch aktuell wurde und wird die Existenz der Landeszentralen immer wieder in Frage gestellt. Ein prominentes Beispiel gab es in Niedersachsen. Dort wurde die Landeszentrale abgeschafft und dafür ein Institut für ökonomische Bildung gegründet. Zwischenzeitlich wurde die Landeszentrale aber wiederaufgebaut. Aktuell gibt es in eini-

gen ostdeutschen Bundesländern Diskussionen über die Notwendigkeit der Landeszentralen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder diskutiert, wie die staatliche politische Bildung verfasst sein sollte (s.o. S. 5f.).

ARNE BUSSE: *Ich glaube, dass die Landeszentralen in der Situation sind, in der sie immer schon waren. Sie unterliegen wie auch die bpb einer Fach- und Dienstaufsichtskette gegenüber den vorgesetzten Ministerien, Staatskanzleien manchmal auch den Länderparlamenten. Die staatlichen Institutionen sind zur Wahrung von Chancengleichheit verpflichtet. Wir haben grundgesetzliche Bestimmungen zur Rolle der Parteien in der Bundesrepublik zu beachten. Ich stelle mir immer wieder die Frage: Welche Verfasstheit wünschen wir uns eigentlich für die staatliche politische Bildung in Deutschland? Ist die derzeitige weitestgehend behördliche Verfasstheit der staatlichen politischen Bildung sinnvoll? Oder wäre nicht eine andere Konstellation, unmittelbare Bundesstiftungen, Bund-Länder-Stiftungen, die bessere Variante? Diese Idee ist schon älter, hat aber nie eine politische Unterstützung gefunden.*

Die DVPB ist nun 60 Jahre alt. Sie ist allerdings nicht auf den Weg in den Ruhestand, sondern sie wird nach wie vor als der wichtigste Fachverband für politische Bildung in der Bundesrepublik ihrer Rolle sowohl als Partnerin wie auch als Kritikerin der öffentlichen Institutionen, die für politische Bildung Verantwortung tragen, gerecht werden.

Literatur

- Hufen, F. (2018): Politische Jugendbildung und Neutralitätsgebot. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, Heft 2/2018, S. 216–221.
- Lange, D., Kenner, St. (2016): Das Fach Wirtschaft als Trojanisches Pferd? In: Erziehung und Wissenschaft, Heft 12/2016, S. 6–8; online verfügbar unter: https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Zeitschriften/Erziehung_und_Wissenschaft/2016/EW_12_2016_web.pdf
- von Olberg, H.-J. (2022): Die Vorgeschichte der DVPB bis zu ihrer Gründung 1965. In: Polis Heft 2/2022, S. 10–13.
- Sander, W. (2015): Fünfzig Jahre Deutsche Vereinigung für Politische Bildung. Rückblicke und Ausblicke. In: Polis Heft 4/2015, S. 8–12.
- Weidinger, D. (Hg.) (1996): Politische Bildung in der Bundesrepublik. Zum 30jährigen Bestehen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, Opladen.



Gudrun Heinrich im Gespräch mit Karim Fereidooni, Susann Gessner, Steve Kenner und Monika Oberle

Politische Bildung – Bildungsauftrag in einer Demokratie im Wandel

DR. GUDRUN HEINRICH: Als Beisitzerin im Bundesvorstand und Mitglied in der POLIS Redaktion begrüße ich Sie herzlich. Mit diesem Panel unter der Überschrift „Politische Bildung – Bildungsauftrag in einer Demokratie im Wandel“ möchten wir anlässlich des 60. Geburtstages der DVPB ganz bewusst den Blick nach vorne richten. In den vergangenen 60 Jahren standen viele Herausforderungen an, zahlreiche Debatten wurden geführt, Kontroversen ausgetragen und Profile geschärft. Politische Bildung ist heute deutlich breiter aufgestellt als 1965. Wir standen und stehen immer vor der großen Herausforderung, Menschen in politischen Prozessen zu begleiten, um sie zu befähigen, diese beeinflussen und gestalten zu können. Sind wir als Politische Bildner:innen angesichts einer zunehmend sich diverser zeigenden Gesellschaft und aggressiver werdenden Polarisierung überhaupt gut darauf vorbereitet? Worauf können wir uns verlassen, wo müssen wir umsteuern?

Zu diesem Panel haben wir Expert:innen unserer Profession eingeladen, die aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen Schwerpunkten auf die Herausforderungen blicken.

Professor Dr. Karim Fereidooni hat den Lehrstuhl für die Didaktik der Sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum inne. Seine Forschungsschwer-

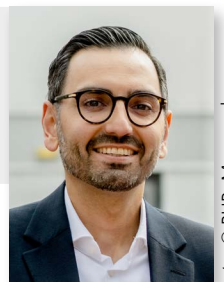
punkte liegen im Bereich von Rassismuskritik in pädagogischen Institutionen und der diversitätssensiblen Lehrkräftebildung. An Sie möchte ich die Frage richten: Ist politische Bildung auf eine sich zunehmend diverser gestaltende Gesellschaft vorbereitet? Welchen Herausforderungen stehen wir gegenüber?

KARIM FEREIDOONI: Ich danke für die Einladung und freue mich, dabei zu sein. Wir leben in herausfordernden Zeiten. Ich mache dies an einem Forschungsprojekt von uns fest: Wir haben uns drei Jahre intensiv mit dem Thema Antisemitismus beschäftigt. Dabei haben wir den Unterricht in unterschiedlichen Fächern analysiert und konnten feststellen, dass die allermeisten Lehrkräfte, die wir beobachtet hatten, nicht in der Lage waren, Antisemitismus zu erkennen. Manchmal waren es auch Lehrkräfte, die tatsächlich selbst Antisemitismus reproduziert haben. Eine Herausforderung besteht also darin, dass wir die Lehrkräfte für den Umgang mit Menschenfeindlichkeit sensibilisieren und vorbereiten. Damit zusammenhängend frage ich mich, wie es sein kann, dass jüngere Menschen – obwohl wir anscheinend so viel tun für Rassismuskritik und Antisemitismuskritik – trotzdem rechts wählen. Diese beiden Punkte hängen miteinander zusammen. Es ist notwendig, darüber nachzudenken, wie wir Ungleichheitsstruktu-

Prof. Dr. Monika Oberle ist Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Didaktik der Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.



Prof. Dr. Karim Fereidooni ist Professor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum.



Prof. Dr. Susann Gessner ist Professorin für Didaktik der politischen Bildung am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.



ren wie Antisemitismus, Rassismus, Adultismus, Queerfeindlichkeit und andere Abwertungsformen grundständig in der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung verankern.



Dr. Gudrun Heinrich ist Leiterin der Arbeitsstelle politische Bildung und Demokratiepädagogik an der Universität Rostock, Beisitzerin im Bundesvorstand der DVPB und Redaktionsmitglied der POLIS.



JProf. Dr. Steve Kenner leitet das Fach Politikwissenschaft und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Weingarten und ist Zweiter Bundesvorsitzender der DVPB.

GUDRUN HEINRICH: Überfordern wir die Lehrkräftebildung damit nicht ein Stück?

KARIM FEREIDOONI: Bestimmt! Aber ich glaube, dass der Umgang mit unterschiedlichen Ungleichheitsstrukturen bislang immer nur als Add-on gedacht wurde. „Wenn noch Zeit ist, dann machst Du auch noch Rassismuskritik!“ Wir sollten aber unser Fach und auch das Curriculum in der Schule kritisch anschauen und deutlich entschlacken. Wir müssen es tatsächlich stärker in Bezug auf Ungleichheitsstrukturen umstrukturieren. Wenn uns das nicht gelingt, bleibt das Thema ein „Add-on“ und landet in Zusatzqualifikationen oder Zertifikatskursen. Es geht letztendlich nicht so sehr um die einzelne Lehrkraft, sondern es geht um die institutionelle Professionalisierung von Lehrkräften in Bezug auf Menschenfeindlichkeit und demokratischer Organisationsentwicklung von Schulen.

GUDRUN HEINRICH: Der Blick auf die Strukturen der Lehrkräftebildung bringt mich zur Überleitung zu Frau Prof. Dr. Monika Oberle. Frau Oberle hat seit 2024 die Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt der Didaktik der Sozialwissenschaften hier in Frankfurt inne. Sie sind Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie haben u. a. auch an der Pilotstudie zum „Monitor Politische Bildung“ mitgewirkt, der in diesen Tagen erscheinen wird.

Auch wenn Sie uns aus dem Monitor wahrscheinlich nur wenige Details berichten können, dennoch die Frage: Ist die politische

Bildung strukturell gut aufgestellt, um den Herausforderungen des Wandels zu begegnen? Verfügt die politische Bildung über krisenfeste Strukturen?

MONIKA OBERLE: Auf die große Frage, wie wir aufgestellt sind, sehe ich ein halb volles und ein halb leeres Glas. Es ist sinnvoll, hier sowohl die Stärken als auch die Schwächen zu betrachten, um sich weiterentwickeln zu können. Generell gilt zunächst, dass wir nicht wissen, was wäre, wenn wir kein Schulfach Politik oder auch keine non-formale politische Bildung in der aktuellen Form hätten. Eine gesellschaftliche Krisensituation ist also kein valides Argument bei der Bilanzierung der politischen Bildung. Man kann feststellen, es ist zu wenig, aber es gibt immerhin relevante Strukturen und Vorgaben. Doch was passiert beispielsweise in Schule und Unterricht? Wie sind die Lehrkräfte ausgebildet? Sind sie fortgebildet für politische Bildung? Auf Bundes- und Länderebene gibt es zahlreiche Leitfäden zur Demokratiebildung. Aber was passiert dann in den Schulen damit? Ich höre immer wieder, es hänge im Alltag von der einzelnen Lehrkraft oder Schulleitung ab. Ich bin überzeugt davon, dass politische Bildung einen Unterschied machen kann. Und hierfür sehen wir auch Evidenz sowohl für Kinder als auch für Jugendliche und Erwachsene. Politische Bildung macht einen Unterschied! Aber bei ganz vielen konkreten Fragen müssen wir zugeben, hier fehlen uns belastbare Forschungsergebnisse. Wir wissen etwas über Strukturschwächen der Schule, wo beispielsweise in den Jahrgangsstufen 5 und 6 oftmals kein Fachunterricht vorgesehen ist. In der Grundschule unterrichten Lehrkräfte Sachunterricht häufig ohne im Studium fachwissenschaftlich und fachdidaktisch für politische Bildung ausgebildet worden zu sein – wie wir auch insgesamt einen hohen Anteil fachfremd erteilten Politikunterrichts sehen. Da gibt es einen deutlichen Handlungsbedarf. Ob aber Politik bereit ist, jenseits von schön klingenden Zielvorgaben und Absichtserklärungen die Hebel wirklich umzulegen und dabei auch erforderliche Finanzmittel in die Hand zu nehmen, ist fraglich. Insgesamt brauchen wir mehr wissenschaftliche Studien zu Wirkungen und Gelingensbedingungen politischer Bildung, auch um uns noch mehr Futter zu geben, auch in schwierigen Zeiten

dafür zu argumentieren, dass politische Bildung gestärkt werden muss.

GUDRUN HEINRICH: Ein herzliches Willkommen auch an Frau Prof. Dr. Susann Gessner. Sie hat die Professur für die Didaktik der politischen Bildung an der Universität Marburg inne. Im Rahmen ihrer Promotion beschäftigte sie sich mit politischer Bildung mit und für Jugendliche mit Migrationsgeschichte, was in einen ihrer Arbeitsschwerpunkte zu postmigrantischen, postsowjetischen Communities und der Gender-Thematik mündete. An Susann Gessner die Frage: Sind wir als politische Bildnerinnen und Bildner auf die Diversität unserer heutigen Gesellschaft wirklich vorbereitet?

SUSANN GESSNER: Bei der Frage nach „Demokratie im Wandel“ kommt man zur Erkenntnis, dass Demokratie sich doch immer im Wandel befindet. Wir müssten uns also immer mit unserem Professionsverständnis auseinandersetzen. Auch die Frage nach dem Umgang mit Heterogenität ist nicht unproblematisch – Schulen waren und sind schon immer von Heterogenität geprägt. Kinder und Jugendliche sind schon immer unterschiedlich. Man kann aber auch sagen, dass durch Globalisierung und Migrationsphänomene die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit – auch in der Schule – wie durch ein Brennglas sichtbar werden. Insofern interessiert nicht so sehr, wie viel politische Bildung wir haben oder wie viel Unterricht fachfremd erteilt wird. Was wir brauchen, sind Studien, die uns über die Innensichten des Lern- und Bildungsprozesses selbst Aufschluss geben. Ein weiterer Punkt, um uns gut auszustatten ist, dass wir mehr mit den Konzepten der Kinder und Jugendlichen selbst arbeiten müssen. Wie benennen sie die politischen und gesellschaftlichen Themen?

GUDRUN HEINRICH: Nun möchte ich Steve Kenner als Mitorganisator herzlich willkommen heißen. Steve Kenner ist Juniorprofessor für Politikwissenschaft und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Weingarten, Zweiter Bundesvorsitzender der DVPB und Mitglied in der Redaktion der POLIS. Er verantwortet u. a. Projekte zu Fragen von Demokratiebildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Wo liegen zentrale Herausfor-

derungen für politische Bildung im Kontext von Nachhaltigkeit und Transformation?

STEVE KENNER: Ich schließe mich Susann Gessner an und denke auch, dass es nicht so einfach ist, ein Professionsverständnis der politischen Bildung allgemeingültig festzulegen. Wenn wir politische Bildung abgrenzen von Demokratiebildung, von Demokratiepädagogik oder von Bildung für Nachhaltige Entwicklung, dann müsste man davon ausgehen, es gäbe ein einheitliches Verständnis von politischer Bildung. Ich bin überzeugt, dass ein solches einheitliches Verständnis für unsere Profession gar nicht vorliegt. Darin sehe ich aber nicht unbedingt eine Schwäche, sondern eher eine große Stärke der politischen Bildung – hat doch die Pluralität der Disziplinen einen wesentlichen Beitrag zur Professionalisierung in den letzten 60 Jahren geleistet.

Wir erleben derzeit nicht zum ersten Mal Angriffe auf die politische Bildung und Versuche, politische Bildung auch bildungspolitisch zu instrumentalisieren. Letztlich haben diese Erfahrungen einen eigenen Prozess initiiert und dabei geholfen, sich von der Vorstellung zu lösen, Demokratie zu vermitteln oder die Erziehung zur Demokratie als primären Auftrag anzusehen. Demokratie ist immer im Wandel und glücklicherweise hat sich unsere Demokratie in den letzten 75 Jahren stets weiterentwickelt. Verheiratete Frauen müssen ihre Männer nicht mehr um Erlaubnis bitten, um einen Arbeitsvertrag zu unterschreiben, und Homosexualität steht nicht mehr unter Strafe – nur zwei Beispiele für eine sich verändernde Gesellschaft.

Bedeutsam ist eine Auseinandersetzung mit der Frage, was wir unter Bildung wirklich verstehen. In einer demokratischen Gesellschaft gibt es so etwas wie einen Grundkonsens, der den demokratischen Bildungsauftrag prägt, der geprägt ist von einem universalen Verständnis der Menschenrechte, des Rechts auf ein diskriminierungsfreies Leben in Würde und Freiheit. Für die politische Bildung muss gelten, dass sie befähigt, auf bestehende gesellschaftliche Verhältnisse zu schauen und kritisch der Frage nachzugehen, ob wir diesem Anspruch gerecht werden. Wir befinden uns in einer Zeit multipler Krisen. Große Transformationsprozesse kommen nicht auf uns zu, sie haben längst begonnen. Mit politischer Bildung kann es uns gelingen,

diese Transformationsprozesse immer auch unter der Berücksichtigung einer politischen Dimension zu verstehen, zu reflektieren, zu beurteilen und handelnd zu begleiten.

SUSANN GESSNER: Ich möchte gerne noch mal zur politischen Bildung in der Schule zurückkommen. Ich glaube, dass Bildungs- und Lernprozesse universell sind. Es ist weniger bedeutsam, ob diese in außerschulischen oder in schulischen Bildungssettings stattfinden. Wir sollten die Jugendlichen befragen, die – in ihrer Laufbahn in der Schule – kein Interesse an Politik entwickelt haben. Da müsste man fragen: Was ist schiefgelaufen? Ein Problem ist, dass wir immer von uns aus denken: Was müssen sie können, was müssen sie wissen, wie sollen sie sein? Nicht AfD wählen, nicht rassistisch sein. Worum es aber eigentlich geht, sind die Weltansichten und Wahrnehmungen der jungen Menschen selbst. Darüber wissen wir zu wenig und auch darüber, wie wir diese in anspruchsvolle Lern- und Bildungssettings überführen können. Im Unterricht geht es dann darum, wie die Konzepte der Schüler:innen und wissenschaftliche Konzepte miteinander in Austausch gebracht werden können. Es ist eine absolut anspruchsvolle Aufgabe, so mit Jugendlichen zu arbeiten, insbesondere dann, wenn es um kontroverse, strittige und emotional aufgeladene Themen geht.

KARIM FEREIDOOONI: Wir haben uns zwei Jahre lang mit Demokratie- und Partitionsvorstellung von geflüchteten und nicht-geflüchteten Schülerinnen und Schülern beschäftigt. Warum haben wir das gemacht? Weil ich von Lehrkräften in Fortbildungsveranstaltungen häufig die folgenden Sätze gehört habe: „Da, wo die Geflüchteten herkommen, gibt es keine Demokratie, deshalb sind sie kognitiv oder kulturell nicht in der Lage zu verstehen, was Demokratie bedeutet.“ Daher haben wir die Jugendlichen gefragt: „Was hält Euch davon ab, Euch zu beteiligen?“ Wir haben festgestellt, dass es tatsächlich auf den Status der Person ankommt. Ein Drittel der Jugendlichen, die geflüchtet waren, haben gesagt, ich will mich engagieren, ich weiß aber nicht, wo. Informationsdefizite spielen eine Rolle, aber auch ganz konkrete negative Erfahrungen in politischen Parteien oder politischen ehrenamtlichen Gruppen oder bei der SV.

MONIKA OBERLE: Wir sind uns einig, dass es darum geht, an der Lebenswelt der Jugendlichen anzuknüpfen und zu fragen: Was interessiert euch, was bewegt euch und welche Vorstellungen habt ihr? Wie man das dann konkret umsetzen kann, ist die andere Frage. Das gilt für die schulische und die außerschulische politische Bildung. Daneben ist auch der aufsuchende Aspekt politischer Bildung besonders wertvoll. Wir dürfen die Ansätze aber nicht gegeneinander ausspielen.

Für die Schule gilt: Wir brauchen demokratische Schulentwicklung mit echter Partizipation. Wir brauchen einen guten Fachunterricht, der sich nicht auf Institutionenkunde beschränkt, sondern problemorientiert und konfliktorientiert arbeitet. Wir müssen auch das fächerübergreifende Unterrichtsprinzip berücksichtigen, von dem wir noch gar nicht gesprochen haben. Das bringt uns zum Punkt der Fortbildung. Wir müssen etwas tun, damit Lehrkräfte auch an guten Fortbildungen zur politischen Bildung teilnehmen können, nicht nur in den Ferien.

GUDRUN HEINRICH: Nachdem unser Schwerpunkt bisher sehr stark auf Fragen der schulischen politischen Bildung lag, möchte ich den Blick jetzt mehr auf die non-formale politische Bildung lenken. Was prägt die außerschulische politische Bildung? Sind hier die Herausforderungen des Wandels umso gravierender?

MONIKA OBERLE: Deutschland verfügt über eine relativ starke Landschaft an außerschulischer politischer Bildung. In vielen anderen Ländern blicken pro-demokratische Akteure mit großem Interesse auf unsere Struktur der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung. Darüber hinaus existiert eine Vielzahl an diversen Akteuren außerschulischer politischer Bildung, die großartige Arbeit leisten. In unserer Forschung im Rahmen der Pilotstudie für den Monitor politische Bildung sehen wir zugleich, dass die Akteure, die wir befragt haben, stark von dieser staatlichen Förderung abhängig sind, wodurch nicht nur inhaltliche Schwerpunktsetzungen, sondern auch mögliche Kürzungen direkt gravierende Folgen hätten. Hinzu kommt – das wissen alle hier und auch die DVPB hat dies ja schon mehrfach angemerkt – dass die Arbeit der

außerschulischen Bildung von einer „Projektitis“ geprägt ist und Arbeitsverträge vorherrschen, deren Vergütung den Aufgaben und Qualifikationen der politischen Bildnerinnen und Bildner nicht entsprechen.

Auch wenn wir bisher wenig über die tatsächliche Zielgruppenenerreichung wissen, sehen wir, dass die Breite der avisierten Zielgruppen doch Leerstellen aufweist: Schon das „Wording“ der Außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung zeigt die nachrangige Berücksichtigung der „Kinder“, und auch „Seniorinnen und Senioren“ stehen relativ selten im Fokus.

Ein weiteres Problem, das wir identifiziert haben, liegt in der Ausbildung der politischen Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildner. Hier sehen wir einfach wenig an professionellen Ausbildungsstrukturen. Wenn wir auf die Zielgruppen der außerschulischen politischen Bildung schauen, sehen wir vor allem Multiplikatoren als die Hauptzielgruppe.

SUSANN GESSNER: Wenn ich auf Forschung blicke, sollte es nicht immer nur um Einstellungsfragen gehen. Wir brauchen andere Forschungsansätze. Und wo wir hier in Frankfurt sind, zum Beispiel Ansätze der kritischen Gesellschaftstheorie, psychoanalytische und soziologische Ansätze, welche die Verbindung von Individuum und Gesellschaft in ihrer Gewordenheit untersuchen. Wir sollten uns bei der Beforschung von Bildungs- und Lernprozessen viel stärker am Verstehen orientieren. Wie können wir es jungen Menschen ermöglichen, durch das, was wir anbieten, zu einem

Weltverstehen zu kommen und vor den Konflikten der Gegenwart nicht zu resignieren, sondern im Sinne des Politischen ins Denken und Handeln zu kommen?

STEVE KENNER: Ich würde gerne eine weitere Perspektive einbringen, die wir bei der Auseinandersetzung mit der formalen und der non-formalen Bildung noch nicht berücksichtigt haben: Es geht um das informelle Lernen, um informelle Bildungserfahrungen. Tatsächlich sehen wir, dass insgesamt das politische Interesse und auch die Bereitschaft, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen, steigen. Es gibt ein Bedürfnis, über politische Fragestellungen zu diskutieren. Die Frage ist, schaffen wir eigentlich tatsächlich diese Gelegenheiten, kritisch, offen und emanzipatorisch auf gesellschaftliche Verhältnisse zu schauen? Ich würde sagen, in der Schule schaffen wir es ganz oft nicht. In einer Studie, die ich gemacht habe, bei der ich nicht nur politisch engagierte Jugendliche interviewt habe, sondern sie vor allem auch begleitet habe in ihren politischen Aktionen, habe ich mit ihnen auch darüber gesprochen, welchen Einfluss eigentlich politische Bildung und Schule auf ihre Politisierung hatte. Interessanterweise haben die von mir interviewten Jugendlichen immer wieder darauf verwiesen, dass sie trotz der Schule, trotz des Politikunterrichts, trotz der Rolle als Klassensprecherin oder Klassensprecher politisch geworden sind. Politische Bildung, ob als Unterrichtsfach, Unterrichtsprinzip oder Teil demokratischer Schulentwicklung, haben sie nicht selten mit Frustrationserfahrungen ver-

bunden. Der Politiklehrer hat zu Neutralität aufgerufen, die Rolle als Klassensprecherin wurde als verlängerter Arm der Klassenlehrerin empfunden, die Schule insgesamt eher als Lehranstalt, denn als Lernort der Demokratie.

SUSANN GESSNER: Wir müssen im Diskurs differenzieren: Was sind bildungspolitische Fragen, zu denen wir uns verhalten müssen – als politische Bildnerinnen und Bildner oder als Verbände. Ein Beispiel wäre, dass wir dafür eintreten, dass politische Bildung ein allgemeinbildendes Schulfach in allen Schulen und in allen Schulformen ist. Aber davon unterscheiden müssen wir die wissenschaftlichen Perspektiven und wissenschaftlichen Fragestellungen. Dazu gehört in jedem Fall unser Professionalitätsverständnis und darüber reden wir zu wenig. Es geht darum, jungen Menschen in der schulischen politischen Bildung zu ermöglichen, sich für gesellschaftliche und politische Fragen zu interessieren. Dazu brauchen wir mehr Forschung. Ich wiederhole mich: Es ist ein sehr anspruchsvoller, komplexer Prozess, 30 Jugendliche in einer Klasse über ein Schuljahr hinweg dazu zu befähigen, die Welt besser zu verstehen, als sie das vorher getan haben. Über diese Mikroprozesse, die im Unterricht ablaufen, reden wir selten bis nie. Diesen Prozess des Verstehens zu organisieren, ist anspruchsvoll und fachlich und pädagogisch voraussetzungsvoll. Das heißt, man muss die soziale Situation im Unterricht orchestrieren können, die emotionalen Erfordernisse der jungen Menschen wahrnehmen und Lerninhalte nicht top down vermitteln. Das sind komplexe Prozesse und darüber forschen wir zu wenig.

GUDRUN HEINRICH: Ich möchte mich bei allen Beteiligten des Panels für die zahlreichen Impulse bedanken. Die Beiträge von Kolleginnen und Kollegen, die spontan aus dem Plenum erfolgten, haben wir hier nicht dokumentiert. Ihnen sei an dieser Stelle dennoch herzlich gedankt.

Der Text der Beiträge orientiert sich stark an den Wortbeiträgen, er wurde an der ein oder anderen Stelle sprachlich leicht angepasst und gekürzt und von den zitierten Personen in dieser Form freigegeben.



Foto: privat



Didaktische Werkstatt

Gabi Elverich und Friedemann Gürtler

Politiklehrer*in sein heute – herausfordernd wie nie?!

Angesichts der aktuellen Weltlage gestaltet es sich als Politiklehrer*in im Alltag zunehmend schwierig, die rasanten politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Schulalltag aufzugreifen, einzuordnen und zu diskutieren: Neben dem Blutvergießen in der Ukraine, in Israel, Palästina und vielen anderen Regionen stellt uns auch der zunehmende Klimawandel, das Erstarken autoritärer Regime in vielen Staaten der Welt sowie die wachsende Zustimmung zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen hierzulande vor neue Herausforderungen. Dies sind nur einige Beispiele für die politischen Ereignisse, die Jugendliche (und Erwachsene) unmittelbar betreffen und Einfluss auf Schule und Unterricht nehmen.

Im Zentrum dieses Beitrags stehen unsere Erfahrungen mit den Auswirkungen des Rechtsrucks auf den (Politik-)Unterricht, die wir als Lehrkräfte an einer Neuköllner Gemeinschaftsschule, in der Lehramtsausbildung und im Austausch mit (angehenden) Lehrkräften an verschiedenen Berliner und Brandenburger Schulen machen. Mit Rechtsruck meinen wir die zunehmende Verlagerung politischer Debatten und öffentlicher Diskurse hin zur Akzeptanz von migrations- und menschenrechtsfeindlichen Positionen, die mit einem abnehmenden Vertrauen in demokratische Verfahren und Institutionen einhergehen.

Im Folgenden skizzieren wir anhand einiger Beispiele aus dem Schulalltag besondere Herausforderungen für den Politikunterricht,

die u. a. aus der zunehmenden Polarisierung und der Umdeutung der Grundsätze politischer Bildung heraus entstehen, aber auch aus der zunehmenden Desinformation durch soziale Medien, auf die nicht nur in der Schule die Antworten fehlen. Im Ausblick gehen wir der Frage nach, inwiefern die aktuellen Entwicklungen auch mit einer Politisierung von Jugendlichen einhergeht, die neue Chancen für die politische Bildung bietet.

Polarisierung gesellschaftlicher Diskurse

Kurz nach dem Messerangriff von Aschaffenburg 2025 startete mitten im Mathematikunterricht einer 9. Klasse in Berlin quer durch den Klassenraum eine Diskussion über die Konsequenzen für den mutmaßlichen Täter. Soll er abgeschoben werden oder gehört er vor Gericht gestellt? Die Spaltung des Klassenraums in zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Lager war das Ergebnis. Die Auseinandersetzung über die geschilderte Frage führte letztendlich dazu, dass einzelne Schüler*innen in kooperativen Lernformen nur noch ungern zusammenarbeiten wollten. Auch im Leistungskurs Politikwissenschaft wurde die Frage nach der Abschiebung des mutmaßlichen Täters von Aschaffenburg aufgegriffen und als Leitfrage einer Aktuellen Viertelstunde gewählt. Hieran zeigt sich, wie das Thema (islamistisch motivierter) Anschläge von Geflüchteten durch seinen überproportional großen Stellenwert in der me-

dialen Berichterstattung auch Auswirkung auf die Themensetzung im (Politik-)Unterricht

Friedemann Gürtler arbeitet als Lehrer für Politik und Mathematik an der Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule in Berlin-Neukölln und als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Bildung der Universität Potsdam. Dort liegt sein Arbeitsschwerpunkt in der Lehrkräftebildung von Studierenden im Praxissemester.



Dr. Gabi Elverich ist Lehrerin an der Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule in Berlin-Neukölln und arbeitet im Bereich diskriminierungskritische Schulentwicklung.



hat. Andere Gewalttaten, bei denen die Täter*innen Deutsche sind oder das Motiv nicht Islamismus, sondern bspw. Frauenhass oder Rassismus, finden bei geringerer Aufmerksamkeit in den Medien entsprechend schwieriger den Weg in den Unterricht.

Während der Diskussion über die Frage der Abschiebung in der Aktuellen Viertelstunde vertrat ein Schüler die Position, dass ein Täter abgeschoben werden sollte, auch

wenn ihm durchaus bewusst sei, dass das Problem damit nicht gelöst, sondern lediglich verlagert wird. Er reflektierte seine Sichtweise als egoistisch, ohne sich daran zu stören. Eine Tendenz hin zur Externalisierung von Problemen lässt sich u. a. in den aktuellen Debatten um die Verschärfung der Asylpolitik gleichermaßen beobachten. So wird über Zurückweisungen von Asylbewerber*innen an der deutschen Grenze diskutiert, ohne eine Einigung mit den Nachbarländern innerhalb des Schengenraums zugrunde zu legen. Die Verlagerung der Lasten der Migration an die Staaten an den EU-Außengrenzen und die Rückbesinnung auf das Dublin-Abkommen stehen dabei beispielhaft für einen Rechtsruck im politischen Diskurs, der nach 2015 noch von der Suche nach einer gerechten Lastenverteilung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten geprägt war.

In der Schule kommt es in migrationspolitischen Diskussionen vor, dass Personen oder Gruppen menschliche Eigenschaften und die Menschenwürde abgesprochen werden, um menschenrechtswidrige Maßnahmen zu rechtfertigen. So zum Beispiel bei einem Planspiel von Politikwissenschaftskursen des 13. Jahrgangs. Hier fiel in der Auseinandersetzung über die Öffnung oder Schließung der EU-Außengrenzen für Asylsuchende der Ausspruch „Raus mit die Viecher!“ Diese Aussage stellt eine indiskutable Entmenslichung von Schutzsuchenden dar. Gleichzeitig ist sie aber auch ein Zeichen der Verschiebung des politischen sowie unterrichtlichen Diskurses nach rechts.

Falsche Kontroversen

Ausgehend vom politischen Diskurs wurde die Frage nach der Legitimität von Seenotrettung in den Unterricht getragen und sollte dort im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde thematisiert werden. Wenn bei Themen dieser Art die grundlegenden Rechte von Menschen infrage gestellt werden und dies als vermeintlich legitime Position Einzug in den Unterricht erhält, wird dies nicht selten mit einem verkürzten Verständnis des Beutelsbacher Konsenses begründet. Dem Gebot, Themen, die in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert werden, auch im Unterricht kontrovers abzubilden, liegen dabei die durch das Grundgesetz gesetzte Werteordnung sowie die von Deutschland

ratifizierten Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen zugrunde. Nach internationalem Seerecht sind alle Schiffe überall auf See dazu verpflichtet, in Seenot geratenen Menschen Hilfe zu leisten. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf Rettung in Not kann und darf in einer demokratischen Gesellschaft nicht als Teil einer Kontroverse verstanden werden. Ein ähnliches Problem liegt vor, wenn eine angehende Lehrkraft in einem Unterrichtsbesuch mit der Leitfrage arbeitet „Was ist das bessere politische System – Demokratie oder Diktatur?“ Vor dem Hintergrund des Berliner Schulgesetzes ist eine solche Frage mindestens problematisch, da sie die grundlegende Zielsetzung der politischen Bildung konterkariert. So heißt es im Berliner Schulgesetz:

Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten [...]. (§ 1 BerlSchulG)

Nicht nur angehende Lehrkräfte sind verunsichert in Bezug auf Grundwerte und den menschenrechtlich-demokratischen Rahmen, auf der die eigene Tätigkeit basiert. Viele gehen z. B. davon aus, dass sie die AfD wie eine normale Partei behandeln müssen, weil sie zur Wahl zugelassen ist. Die Annahme eines vermeintlichen Neutralitätsgebots zeigt sich auch bei der Frage, ob Kandidat*innen der AfD zwingend zu Wahlveranstaltungen eingeladen werden müssen. Dabei ist die Entscheidung, eine mittlerweile als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestufte Partei nicht zu einer schulischen Podiumsdiskussion einzuladen, völlig legitim.

Aufseiten der Schüler*innen ist dieses falsch verstandene Neutralitätsgebot ebenfalls angekommen, wenn sie z. B. im Leistungskurs Politikwissenschaft in der Auseinandersetzung mit dem Themenbereich „Gegner der Demokratie“ überrascht fragen: „Dürfen Sie als Lehrerin überhaupt die AfD kritisieren? Müssen Sie nicht neutral

sein?“ Dies ist auch als Folge der gezielten Verbreitung eines falsch verstandenen Neutralitätsgebots anzusehen, z. B. im Rahmen von rechtspopulistischen Kampagnen wie den Meldeportalen der AfD, die auch in Social Media Verbreitung finden. So kann es passieren, dass Lehrkräfte, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus positionieren, mit dem Vorwurf konfrontiert werden, gegen ein vermeintliches Neutralitätsgebot zu verstoßen. Dies beruht auf dem bewusst geförderten Missverständnis, dieses beinhalte nicht nur die Notwendigkeit parteipolitischer Zurückhaltung, sondern auch eine politische Neutralität, die auch das aktive Eintreten von Lehrkräften für die Verfassung und ihre Grundwerte umfassen würde. Mit dieser Strategie wird bewusst versucht, Kritiker*innen rechtspopulistischer und rechtsextremer Positionen zu verunsichern und einzuschüchtern, auch wenn sich diese Kritik aus dem wertgebundenen Bildungsauftrag logisch ergibt.

Auch die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) hat sich gemeinsam mit dem Bundeselterngremium, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hierzu unter der Überschrift „Demokratie braucht politische Bildung, keine Neutralität“ klar positioniert.

Zur Einrichtung dieser Meldeplattformen vgl.: Gemeinsame Stellungnahme von GPJE, DVPB und DVPW-Sektion zur AfD-Meldeplattform „Neutrale Schulen, http://gpje.de/wp-content/uploads/2018/10/Stellungnahme_Meldeplattform_GPJE_DVPB_DVPW-Sektion_101813595.pdf.



Gezielte Desinformation

Es ist nicht neu, dass politische Bildung immer auch mit einer Stärkung der politischen Medienkompetenz einhergehen muss, um zwischen seriösen, wissenschaftlich fundierten Quellen und unseriösen Beiträgen und Falschbehauptungen unterscheiden zu können. Neu ist allerdings das Ausmaß an Diffamierung von Wissenschaft und Akzeptanz von Falschbehauptungen im politischen Diskurs, die diese ohnehin schwierige Aufgabe für Schüler*innen und Lehrkräfte noch schwieriger macht.

Die AfD-Parteivorsitzende Alice Weidel vertrat beispielsweise in einem Interview vom Parteitag in Riesa die Position, dass es sich beim Medienunternehmen Correctiv um eine Tarnorganisation des Verfassungsschutzes handle und sie von einer Beteiligung des Verfassungsschutzes an den Correctiv-Recherchen über das Geheimtreffen von Potsdam ausgehe. Auf die Nachfrage des Interviewenden nach ihren Belegen gab sie an, keine Belege zu benötigen, weil sie mit Hypothesen arbeite und ihr diese am wahrscheinlichsten erscheine. Eine Zusammenarbeit von Correctiv und dem Verfassungsschutz gab es allerdings nicht. Vielmehr wird hier gezielt die Diskreditierung kritischer Medien betrieben. Unwissenschaftlichkeit und Fake News als Prinzip der – nach jüngsten

Wahlergebnissen bei Landtags- und Bundestagswahlen – aktuell (zweit-)stärksten Partei stellen damit auch eine Herausforderung für den Politikunterricht dar. Die Tatsache, dass Weidels Falschaussagen im Wahlkampf z.B. zu Energiepreisen und Atomenergie auch im öffentlichen Fernsehen kaum widersprochen im Raum stehen blieben, erschwert die Unterscheidung zwischen faktenbasierter Argumentation und selbstbewusst vorgetragenen falschen Behauptungen. Für die politische Bildung bedeutet diese Strategie gezielter Desinformation, dass Diskussionen z.B. im Rahmen von Aktuellen Stunden im Unterricht immer auch einen Faktencheck beinhalten müssen, weil Falschinformationen unhinterfragt reproduziert werden.

Die Macht sozialer Medien

Bei der Vorbereitung einer Projektwoche zum Thema Sucht im 8. Jahrgang wurde eine Abfrage der täglichen Bildschirmzeiten der Jugendlichen mit den Antwortmöglichkeiten 0-1 Stunden, 1-2 Stunden, ... bis hin zu 6 und mehr Stunden geplant. Ein Kollege kritisierte das offene Ende der Skala ab 6 Stunden als zu grob und realitätsfremd. Und tatsächlich gab es in den Klassen mehrere Personen mit mehr als zehn Stunden durchschnittlicher Bildschirmzeit pro Tag. Bei stichprobenartigen Nachfragen gab es niemanden, dessen Eltern Einblick in den eigenen Medienkonsum hatten. Das Ausmaß des freizeitbestimmenden Medienkonsums auf unterschiedlichen Kanälen spiegelt sich auch in der Schwierigkeit wider, die Quelle und den Charakter von Informationen einzuordnen. Als Antwort auf die Nachfrage im Politikunterricht, woher eine Aussage stammt, heißt es immer wieder „aus dem Internet“. Die Frage nach Suchmaschinen wird zuerst mit „Chat-GPT“ beantwortet. Eine Herausforderung für die politische Bildung besteht folglich darin, dass die Digitalisierung und Omnipräsenz von Social Media in der Lebenswelt junger Menschen eher nicht zur Stärkung der Medienkompetenz führt, sondern zu dem Eindruck, dass viele Schüler*innen in ihrer Freizeit in Social Media verloren gehen. Dies ist vor allem in Anbetracht der Präsenz und Nutzung durch rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppen besorgniserregend, die durch die fehlende Kontrolle bei X, Meta, TikTok & Co befördert werden und Konsument*innen den

Zu den Ergebnissen der U-18-Wahl:
<https://www.u18.org/>



Eindruck vermitteln, dass alle Meinungen und Beiträge gleichberechtigt nebeneinander stehen. Gleichzeitig berichten die Lernenden, wie ihnen insbesondere rund um Wahlen die Inhalte der AfD in ihrer Timeline präsentiert werden. Das Video von Maximilian Krah „Echte Männer sind rechts“ war weithin bekannt. Die Tragweite der Problematik rechtsextremer Propaganda auf Social Media wird deutlich, wenn man bedenkt, dass es sich bei der Schüler*innenschaft, welcher diese Inhalte angezeigt werden, laut jüngsten U-18-Wahl-Ergebnissen zum allergrößten Teil nicht um Anhänger*innen der AfD handelt.

Hinzu kommt, dass die in Social Media geteilten Inhalte auch für reale soziale Dynamiken eine hohe Relevanz haben. Präferenzen und Gruppenzugehörigkeiten bilden sich heraus und werden durch Algorithmen stabilisiert. Die Einseitigkeit der „Echokammern“, die für Schüler*innen häufig die Hauptquelle ihrer politischen Informationen darstellen, führt zu Polarisierungen, die über die Interaktionen im Netz hinaus auch im Schulalltag relevant werden. Dies kann bei Lehrkräften zu dem Eindruck führen, dieser Dynamik kaum etwas entgegen setzen zu können und erfolglos gegen Windmühlen zu kämpfen.

Ein weiterer Aspekt, der nicht nur den Rechtsruck betrifft, ist die Emotionalisierung von Debatten durch Beiträge bei TikTok & Co., die gezielt an Gefühlen und Ängsten junger Menschen ansetzen. „Werden in 50 Jahren noch Bäume wachsen?“, fragte eine Schülerin ihre Mitschüler*innen beim Gang über den Schulhof. Der Klimawandel und Krieg als globale Herausforderungen be-



Dokumentiert in unmittelbarer Nähe zu einer Schule: Sticker eines Onlineshops (mittlerweile offline) mit rechtsextremen, antisemitischen und rassistischen Motiven.

Foto: privat

Faktencheck von correctiv.org
<https://correctiv.org/fakten-check/2024/04/11/sind-stifte-mit-afd-logo-an-brandenburger-schulen-verboten-was-hinter-dieser-behauptung-steckt/>



schäftigen Schüler*innen und rangieren bei Befragungen regelmäßig auf den vordersten Plätzen, wenn danach gefragt wird, was Jugendlichen Sorge bereitet. Dabei verschiebt und verstärkt sich gerade die Bedrohungslage für viele Menschen in Deutschland u. a. durch die Verschärfung von Asylpolitik und den Diskurs um Remigration. Wenn Schüler*innen angstvoll fragen, ob sie jetzt alle abgeschoben werden, besteht die Herausforderung für Lehrkräfte darin, einerseits zu versuchen, ihnen die Angst zu nehmen, und andererseits die aktuelle politische Lage nicht zu beschönigen.

Politisierung als Chance

Mehrere Studierende im Praxissemester berichten davon, wie sie an Brandenburger Schulen mit Situationen konfrontiert waren, in denen Schüler*innen Werbematerialien der AfD im Unterricht benutzten. In einem Fall waren es die Kugelschreiber mit AfD-Logo, in einem anderen Fall wurden von einem Schüler Flyer der AfD verteilt. Wenn es sich um Materialien von als gesichert rechtsextrem eingestuften Verbänden der AfD handelt, kann auf das Verbot von Kennzeichen und Propagandamitteln verfassungsfeindlicher Organisationen an Schulen verwiesen werden, wie es im Brandenburgischen Schulgesetz festgelegt ist. Die Reaktion der AfD auf ein solches Verbot verläuft dann erwartungsgemäß nach dem Motto „Jetzt verbieten sie schon Kugelschreiber.“ Wichtig und chancenreich ist es hier, die

Auseinandersetzung auch auf der politischen Ebene zu führen. Bei der Auseinandersetzung um die Bekämpfung antidemokratischer Positionen sind wir als Lehrkräfte gefordert, eine Partei nicht einfach nur zu bekämpfen wegen der Partei an sich. Wir müssen in den Diskurs darüber gehen, inwiefern von der Partei antidemokratische Positionen vertreten werden und dabei insbesondere auch herausstellen, welche demokratischen Positionen für uns die schützenswerten Güter sind, zu deren Schutz wir zudem auch verpflichtet sind. Diese Auseinandersetzung bietet eine Chance für eine Rückbesinnung auf die Werte der Demokratie.

Plädoyer für mehr Politik im Schulalltag

Trotz aller Schwierigkeiten und Herausforderungen, die mit aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen einhergehen, schließen wir deswegen mit einem positiven Ausblick und einem Plädoyer für mehr Politik im Schulalltag. Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 hat gezeigt, dass Jugendliche sich in besonderem Maße für Politik interessieren. Persönliche Betroffenheit, der leichte Zugang zu Informationen und die niedrigschwelligen Möglichkeiten, sich auch selbst in Social Media politisch zu äußern, bringen eine spürbare Politisierung in den Schulalltag. Dies zeigt sich beispielhaft an der „Wutrede“ von Heidi Reichinnek, die durch die Verbreitung auf Social Media auch unter Schüler*innen große Bekanntheit erlangt hat. Die authentische Empörung über die Tatsache, dass die CDU eine Mehrheit für ihre Absichtserklärung zur Verschärfung der Migrationspolitik nur mithilfe der AfD erreicht hat, hat viele junge Menschen politisiert und mobilisiert. Lehrkräfte werden von Schüler*innen gefragt, was sie vom sogenannten Dammbbruch halten und ob sie auch auf die nächste Demonstration gegen den Rechtsruck gehen. Zudem kommt es häufiger vor, dass Schüler*innen der Oberstufe berichten, kürzlich Mitglied einer Partei geworden zu sein, um sich jetzt selbst politisch zu engagieren.

Die Herausforderung auf der schulischen Seite besteht darin, das politische Interesse von Jugendlichen auch jenseits des lehrplangebundenen (Politik-)Unterrichts aufzugreifen, z. B. in Form regelmäßiger Gesprächsrunden, aktueller Stunden, Projektwochen



Foto: privat

Dokumentiert in unmittelbarer Nähe zu einer Schule: Sticker, der zum Faktencheck der Seite „Aufstehen-gegen-Rassismus.de“, betrieben von VVN-BdA e. V. führt und sich mit den politischen Forderungen der AfD befasst.

und Workshops – auch in Kooperation mit Trägern der außerschulischen Bildung, die andere Perspektiven und Ideen mitbringen, wie auch Fragen und Ängste im Zusammenhang mit der Zunahme menschen(rechts)feindlicher Einstellungen thematisiert werden können.

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter:
 DOI <https://doi.org/10.46499/2586.3501>



Impuls
Termine
Personen
Berichte

DVPB aktuell

IMPULS

Präsidentin der Bildungsministerkonferenz gratuliert der DVPB

Simone Oldenburg

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst möchte ich herzlich gratulieren!

Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. wird in diesem Monat sechzig Jahre alt. Und dieses Jubiläum steht für Engagement und Leidenschaft für die Politische Bildung, was die Förderung einer informierten und mündigen Gesellschaft einschließt. In einer Zeit, in der politische Diskussionen oft polarisiert und emotional geführt werden, ist diese Arbeit wichtiger denn je.

Sie haben es sich in der DVPB zur Aufgabe gemacht, die Politische Bildung zu stärken, die notwendig für die Teilhabe an und für den Erhalt der Demokratie ist.

Sie wollen heute im Fachgespräch vor allem einen Blick in die Zukunft wagen. Das Thema „Politische Bildung zwischen Konvention und Transformation“ ist an Aktualität nicht zu übertreffen. Uns begegnet überall auf der Welt autoritäres Denken und Handeln und wir befassen uns mit der Demokratie im Wandel. Wir, die wir Verantwortung für politische Bildung tragen, wollen versuchen, die nächste Generation zu inspirieren und zu befähigen, selbst Verantwortung zu übernehmen und aktiv an der Gestaltung unserer Zukunft mitzuwirken.

Die uns zur Verfügung stehenden Untersuchungen stellen eine große Bereitschaft von Jugendlichen fest, sich für aktuelle gesellschaftliche Aufgaben wie den Umwelt- und Klimaschutz, die Integration geflüchteter Menschen oder die soziale Gerechtigkeit ganz konkret einzusetzen. Und das nehme ich auch bei meinen Schulbesuchen wahr.

Allerdings müssen uns vermehrte Ereignisse von Intoleranz, Fanatismus, neue Formen des Nationalismus und blanker Antisemitismus wachrütteln. Wichtig für die politische Bildung ist, dass der staatliche Bildungs- und Erziehungsauftrag ausdrücklich eine Erziehung im Sinne demokratischer Grundsätze und der Werte des Grundgesetzes fordert.

Demokratie will gelernt sein. Zunächst in der Familie. Daneben ist die Schule ein weiterer zentraler Ort für die Demokratiebildung. In der Schule legen wir die Grundlagen für ein respektvolles und achtsames Miteinander; hier üben wir die Spielregeln ein für den Austausch von Meinungen; hier pflegen wir eine Streitkultur, die den anderen auch dann als Person weiter achtet, wenn wir nicht seiner Meinung sind; hier treten wir für Minderheiten ein und schützen sie vor Diskriminierung.

Wie Sie wissen, unterstützen wir Ihre Position als DVPB, dass Demokratie Politische

Bildung braucht, aber nicht neutral sein darf: Die Schule ist kein politisch neutraler Ort! Vielmehr ist sie den demokratischen Prinzipien und Werten, wie etwa dem Schutz der Würde des Menschen und dem Schutz vor Diskrimi-

Simone Oldenburg ist Präsidentin der Bildungsministerkonferenz und Vorstand der Kultusministerkonferenz im Jahr 2025.



Foto: c. anne-photographie

nierung verpflichtet. Schule ist mehr denn je gefordert, Grund- und Menschenrechte sowie demokratische Auseinandersetzung konstruktiv erfahrbar zu machen.

Eine Schule, die den Auftrag zur Demokratiebildung ernst nimmt, ist selbst eine demokratische Schule. Politische Bildung hat in einer demokratischen Gesellschaft eine wichtige Funktion. Sie begleitet Menschen dabei, bestehende Verhältnisse und damit verbundene Konflikte zu analysieren, zu reflektieren, zu beurteilen und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse handelnd zu gestalten.

Sie lässt Kinder und Jugendliche über ihre schulischen Belange, aber auch über ihre

Umwelt mitentscheiden. Ob durch die Wahl des Klassen- oder Schülersprechers, die Teilnahme an der Schulkonferenz oder die gemeinsame Umsetzung von Schulprojekten: Überall dort, wo Schülerinnen und Schüler aktiv mitgestalten, steigt die Identifikation mit der Lerngruppe und der Schule, werden Zusammenarbeit und Empathie gefördert und demokratisches Handeln erfahrbar gemacht.

Besonders wichtig erscheint mir: eine Schule, in der Schülerinnen und Schüler Demokratie gestalten können, festigt in ihnen zugleich die Gewissheit, dass unsere Welt veränderbar ist. Und das spiegelt sich später im allgemeinen politischen Prozess. Menschen, die davon überzeugt sind, dass ihre Stimme wichtig ist und Einfluss hat, beteiligen sich in höherem Maße an Wahlen.

Demokratiebildung ist integraler Bestandteil des umfassenden Bildungsauftrags von Schule. Sie ist ein Kennzeichen moderner Schulentwicklung. Ich nenne hier nur als Stichworte die curriculare Verankerung oder Angebot von Exkursionen und Projekttagen. Die Kultusministerkonferenz hat in mehreren Dokumenten Empfehlungen zur Demokratiebildung beschlossen und wir sehen darin ein fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip.

Das vorweg geschickt, unterstütze ich nachdrücklich den Ansatz des Leitthemas „Politische Bildung zwischen Konvention und Transformation“. Wir sollten das identifizieren, worauf es in der Zukunft weiter ankommt, aber wir sollten zugleich innovative Ansätze entwickeln, um den Anforderungen einer sich wandelnden Welt gerecht zu werden.

Ich will an dieser Stelle ein Spotlight setzen, um zu zeigen, welche gigantische Herausforderung allein die völlig veränderte Medienrezeption von Kindern und Jugendlichen für das Filtern, die Aufnahme und Bewertung von Informationen darstellt. Die Bildungsministerinnen und -minister haben im vergangenen Herbst mit ausgewiesenen Medienfachleuten u.a. der Bildungsstätte Anne Frank diskutiert. Quintessenz war: Es wird künftig darum gehen, der Menge an Desinformation wie sie beispielsweise über TikTok von Jugendlichen konsumiert wird, aktiv, professionell und intelligent entgegenzusteuern.

Denn: Im Netz besteht eine hohe Sichtbarkeit „rechter“ politischer Inhalte. Politische

Akteure betätigen sich agitierend. Und teilweise, – das muss man leider so konstatieren – zeichnen sich rechte politische Angebote durch einen hohen Grad an Professionalität aus, sprechen junge Leute an und sind gut gemacht. Das liegt auch daran, dass sie sozialräumlich und lebensweltorientiert kommunizieren, und zwar gleichermaßen analog wie digital.

Junge Menschen benötigen eine stärkere Begleitung in ihrem Medienverhalten und sie müssen effektiver geschützt werden. Es braucht hochwertige digitale Bildungsinhalte im Netz, um Gegen narrative zu kreieren. Die Jugendlichen müssen in ihrer Nachrichtenkompetenz gestärkt werden, denn dies ist die Basis für Meinungsbildung und Handlungsfähigkeit in der Demokratie. Das ist übrigens auch ein Beitrag zur bildungspolitischen Chancengerechtigkeit.

Die Digitalisierung bietet zahlreiche Möglichkeiten, die politische Bildung zu erweitern. Online-Plattformen, soziale Medien und digitale Lernspiele können das Interesse der Schülerinnen und Schüler wecken und sie zur aktiven Auseinandersetzung mit politischen Themen anregen.

Partizipative Lernformen wie Debatten, Planspiele und Projektarbeit sollten stärker als bisher zum Schulalltag gehören. Eine aktive Beteiligung der Schülerinnen und Schüler stärkt nicht nur ihre demokratischen Kompetenzen. Diese Lernformen ermöglichen es ihnen auch, politische Prozesse und Entscheidungen selbst zu erleben und zu gestalten. Sie lernen, ihre Meinung zu vertreten, Kompromisse zu finden und Verantwortung zu übernehmen. Es kommt darauf an, eine echte Mitbestimmung in Schulen zu ermöglichen und zu fördern. Das beginnt mit dem Wahrnehmen und Einbinden der Stimmen von Schülerinnen und Schülern. All dies wird umso besser gelingen, wenn Lehrkräfte einen Aktualitäts- und Lebensweltbezug in den Lerninhalten verankern.

In einer Zeit, in der Fake News und Desinformation eine zunehmende Bedrohung darstellen, ist die kritische Medienbildung von überragender Bedeutung. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, Medien kritisch zu hinterfragen, Informationen zu überprüfen und verantwortungsvoll mit digitalen Medien umzugehen. Dies stärkt ihre Medienkompetenz und ihre Fähigkeit, fundierte politische

Entscheidungen zu treffen. Das ist eine Aufgabe aller Fächer.

Die erfolgreiche Umsetzung politischer Bildung im Spannungsfeld von Konvention und Transformation erfordert das Engagement und die Unterstützung der Lehrkräfte und Bildungseinrichtungen. Lehrkräfte müssen kontinuierlich fortgebildet werden, um die neuen Ansätze der politischen Bildung kompetent und motiviert vermitteln zu können.

Fazit

Politische Bildung im Unterricht bewegt sich zwischen den Polen von Konvention und Transformation. Es ist unsere Aufgabe, die bewährten Traditionen der politischen Bildung zu bewahren und gleichzeitig innovative Ansätze zu entwickeln, um den Anforderungen einer sich wandelnden Welt gerecht zu werden. Durch die Kombination konventioneller und transformativer Ansätze können wir den Schülerinnen und Schülern die Kompetenzen vermitteln, die sie benötigen, um mündige und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger zu werden.

Damit wir unserer Gesellschaft ermöglichen, auf notwendige Transformationsprozesse nicht angstbesetzt zu reagieren, sondern selbstbewusst und mit Gestaltungskraft teilzuhaben, mitzubestimmen und zu agieren.

Ich wünsche Ihnen für Ihr Fachgespräch gute Beratungen, weiterführende Begegnungen und vor allem zukunftsweisende Ergebnisse im Sinne aktueller politischer Bildung.

POLIS – Zeitschriften zur politischen Bildung

in Deutschland, Österreich und der Schweiz

POLIS gibt es in drei Ländern: Deutschland, Österreich und der Schweiz. Wir informieren Sie hier über diese Zeitschriften, um Brücken über die Grenzen zu bauen. Sie finden einen kurzen Informationstext, die Themenplanung für 2025, die aktuellen Bezugsbedingungen und Ansprechpartner sowie die entsprechende Homepage.

Die **POLIS** ist der Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB). Im Charakter eines Magazins informiert die POLIS mit Fachbeiträgen zu ausgewählten Schwerpunkten. Berichte aus der aktuellen Szene, Interviews und Werkstattbeiträge runden das Heft ab.

Themenplan 2025

Heft 1: Hören!? Beurteilen. Handeln. Auditive Zugänge für die politische Bildung

Heft 2: 60 Jahre DVPB

Heft 3: Inklusive politische Bildung

Heft 4: KI und politische Bildung

Redaktion

Dr. Martina Tschirner:
tschirner@em.uni-frankfurt.de

Bezugsbedingungen

4 Hefte jährlich
Abonnement: 44,90 € zzgl. Versand
Einzelheft: 13,80 € zzgl. Versandkosten
Bestellungen und Fragen zum Abonnement:
info@wochenschau-verlag.de
Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42-50,
60489 Frankfurt/M.
www.wochenschau-verlag.de

Deutschland



polis aktuell ist die Zeitschrift für Lehrkräfte von Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule. In den Ausgaben werden ausgewählte Themen der politischen Bildung für den Unterricht aufbereitet – mit Fachbeiträgen, einem methodisch-didaktischen Teil sowie weiterführenden Tipps.

Themenplan 2025

Heft 1: Ozeane im Wandel

Heft 2: Sport und Politik

Heft 3: Ethische und menschenrechtliche Aspekte der Digitalisierung

Heft 4: Grenzen

Heft 5: Migration

Heft 6: Kreislaufwirtschaft

Redaktion

Dr. Patricia Hladschik:
patricia.hladschik@politik-lernen.at

Bezugsbedingungen

kostenloses digitales Abo
service@politik-lernen.at
Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule
Helferstorferstraße 5, 1010 Wien
www.politik-lernen.at

Österreich



POLIS thematisiert aktuelle Fragen der politischen Bildung und richtet sich an Lehrpersonen und interessierte Fachkreise der politischen Bildung. Hintergrundberichte, Interviews und Porträts zu einem Schwerpunktthema vermitteln Zugänge zur politischen Bildung und bieten Anregungen, diese verstärkt zum Gegenstand des Unterrichts zu machen.

Themenplan

2016: Alles Agglo? Pol. Perspektiven auf den Raum zwischen Stadt und Land

2017: Schweizer Heimat. #Balkangeschichten aus der Schweiz

2019: Durchblicken

2020: „Rock it out“. Musik und Politik

2022: Teilhabe – Macht – Zugehörigkeit

2024: Die Maschine ist politisch. KI, Demokratie und Bildung

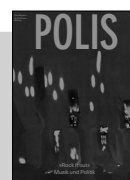
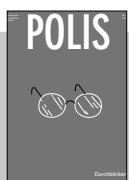
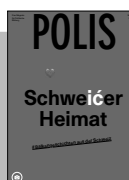
Redaktion

Vera Sperisen: vera.sperisen@fhnw.ch

Bezugsbedingungen

1 x jährlich
gratis, ausserh. d. Schweiz für 5,- CHF
Pädagogische Hochschule FHNW,
Zentrum Pol. Bildung u. Geschichtsdidaktik,
www.fhnw.ch/ph/pbgd
Zentrum für Demokratie Aarau, www.zdaarau.ch
Blumenhalde, Küttigerstrasse 21, 5000 Aarau,
Schweiz, info@politischebildung.ch

Schweiz



BERICHTE

Mecklenburg-Vorpommern

Fachtag „Politik unterrichten“ 2025
(ehemals „Sozialkundetag“)

Angriffe auf die Demokratie –
Herausforderungen für den
Politik-Unterricht



Titelbild: Martin Molter

Am 13. März 2025 fand in Rostock der jährliche Fachtag „Politik unterrichten“ statt, der in diesem Jahr unter dem Thema „Angriffe auf die Demokratie – Herausforderungen für den Politik-Unterricht“ stand. Rund 150 Teilnehmende, darunter Lehrkräfte, Bildungsexpertinnen und -experten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Bildungseinrichtungen, kamen zusammen, um über die aktuellen Herausforderungen und Chancen im Politikunterricht zu diskutieren und Strategien zu entwickeln, wie sich mit dem Thema im Unterricht didaktisch und methodisch auseinandergesetzt werden kann.

Die Veranstaltung, die ehemals unter dem Namen „Sozialkundetag“ bekannt war, bot ein abwechslungsreiches Programm mit Fachvorträgen und Workshops.

In ihrer Keynote zum Thema „Demokratie unter Druck – Demokratie neu denken!“ spannte Prof. Dr. Andrea Römmele den inhaltlichen Rahmen der Tagung auf. Ausgehend von ihrem gerade veröffentlichten Buch skizzierte sie zentrale „Megatrends“ wie Digitalisierung und KI, demografischer Wandel und Migration, Klimawandel und Globalisierung, die demokratische Systeme aktuell stark unter Druck setzen. Exemplarisch beschrieb sie außerdem fiktive Szenarien, aus denen sich politische Handlungsspielräume ableiten lassen, mit denen den Herausforderungen begegnet werden kann.

Die anschließende Diskussion offenbarte die große Relevanz des Themas in den Schulen.

Experten aus der Bildungs- und Politikwissenschaft vertieften in der anschließenden Workshop-Phase verschiedene Aspekte der Herausforderungen für die Demokratie und die unterrichtliche Auseinandersetzung mit Thematik. So hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, ihr fachliches Verständnis zu erweitern und sich mit der Situation in Polen unter der PiS-Regierung (D. Mohr), populistischen Parteien und ihrem Einfluss auf die Demokratie (Prof. B. Höhne), unter Druck geratenen Mitbestimmungsrechten von Arbeitnehmenden im Zeitalter der Globalisierung (C. Leistikow), dem Thema Migration im Unterricht (D. Zeković) oder mit Szenarien autoritär-populistischer Bildungspolitik (I. Hameister) auseinanderzusetzen. Außerdem bestand in anderen Workshops die Gelegenheit, die Thematik didaktisch und methodisch zu vertiefen. So wurde die Fallanalyse „Feinberg“ vorgestellt, eine Unterrichtsreihe zum Thema Antisemitismus (Dr. C. Fischer), und in einer didaktischen Werkstatt konkrete Unterrichtsreihen für den Unterricht im Fach Politische Bildung/Sozialkunde entwickelt (D. Mossbauer-Weiss). Auch im Bereich der politischen Medienbildung konnten die Teilnehmenden sich fortbilden in einem Workshop zu journalistischem Arbeiten mit Lernenden (K. Schröter) und einem zu Herausforderungen durch Phänomene wie Hasskriminalität und Desinformation (C. Heincke). Außerdem wurde die Veranstaltung genutzt, um den Lehrkräften einen Einblick in den Stand des gerade in Erarbeitung befindlichen neuen Rahmenplans Politische Bildung/Sozialkunde in der Sekundarstufe II zu geben (P. Bänsch).

Der Fachtag, der von der DVPB Mecklenburg-Vorpommern in guter Tradition zusammen mit der Arbeitsstelle Politische Bildung und Demokratiepädagogik der Universität Rostock, dem Institut für Qualitätsentwicklung des IQ M-V und der Landeszentrale für politische Bildung organisiert und durchgeführt wurde, konnte einmal mehr seine Bedeutung als das zentrale fachliche und fachdidaktische Forum der schulischen politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern unterstreichen und bot den Teilnehmenden zahlreiche Impulse zur Auseinandersetzung mit der Thematik in den Schulen.

Dana Mossbauer-Weiss



Prof. Dr. Andrea Römmele referierte über „Megatrends“, die die „Demokratie unter Druck“ setzen.

Hessen

Vorankündigung:

5. Hessischer Politiklehrer:innentag am
30. Oktober 2025 in Frankfurt

Politische Bildung für alle. Teilhabe
und Inklusion in polarisierten Zeiten

Schulen sollen Orte gelebter demokratischer Werte sein und Diskriminierung vermeiden. Politische Bildung soll Menschenrechte, Demokratie und Pluralismus vermitteln und dabei inklusiv sein und Teilhabe ermöglichen. Die Herausforderungen, die sich dabei stellen, sind vielfältig und anspruchsvoll. Doch im Alltag fehlt oft die Zeit, sie zu thematisieren und kollegial zu bearbeiten. Gleichzeitig erleben viele Lehrkräfte, dass demokratische Werte als Grundlage ihrer Arbeit zunehmend infrage gestellt werden – z.B. wenn inklusive Bildung im öffentlichen Diskurs als „Ideologiekonstrukt“ diffamiert wird. Wenn Bildung zur Zielscheibe gesellschaftlicher Spaltung und rechtsautoritärer Rhetorik wird, stehen Schulen vor dem Balanceakt, für inklusive Bildung einzustehen, ohne die realen Herausforderungen derselben zu ignorieren. Der 5. Hessische Politiklehrer:innentag wird sich mit diesen Herausforderungen beschäftigen und Angebote machen, Lehrer:innen dabei zu unterstützen, einen inklusiven und diversitätssensiblen Unterricht zu gestalten und politische Bildung für alle anzubieten.

Das Programm und die Anmeldemodalitäten werden in den nächsten Wochen auf der Homepage des DVPB Landesverbandes Hessen veröffentlicht: <https://www.dvpb-hessen.de/>

Martina Tschirner

Politische Bildung mit der Bundeswehr
– Hessen verstärkt Zusammenarbeit

„Politische Bildung ist wichtiger denn je. In einer Zeit, in der Demokratie und gesellschaftliche Werte weltweit unter Druck geraten, ist es von zentraler Bedeutung, unsere Schülerinnen und Schüler auf eine fundierte und kritische Auseinandersetzung mit politischen Themen vorzubereiten.“ Die DVPB Hessen begrüßt diese Aussage von Bildungsminister Schwarz. Politische Bildung ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Minister Schwarz wirbt mit diesen Worten aktuell aber für eine verstärkte Kooperation von Schule und Bundeswehr. Der Minister erwartet dadurch, dass sich das „Bewusstsein für politische Verantwortung, gesellschaftliches Engagement und sicherheitspolitische Zusammenhänge noch mehr in den hessischen Schulen“ verankere. Dass ausgerechnet die Jugendoffiziere der Bundeswehr dazu beitragen sollen, Schüler:innen verstärkt an Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik heranzuführen und ihre politische Urteilsfähigkeit zu fördern, wird nicht nur in der hessischen Bildungslandschaft skeptisch gesehen und kontrovers diskutiert. Denn die Grenzen zwischen Aufklärung über sicherheitspolitische Fragen einerseits und Werbung für den Beruf des Soldaten bzw. der Soldatin andererseits verlaufen häufig fließend, wie viele Lehrkräfte zu berichten wissen, die

die Bundeswehroffiziere in ihren Unterricht eingeladen hatten. Auch wenn das Werben um Nachwuchskräfte für die Bundeswehr ausdrücklich nicht die Aufgabe der Jugendoffiziere sei, komme dies immer wieder vor. Die DVPB vertritt schon immer die Position, dass politische Bildung ausschließlich in die Hände der Fachlehrer:innen gehört. Und wenn Expert:innen wie die Jugendoffiziere in den Unterricht eingeladen werden, dann gebietet es das Kontroversitätsgebot, dass auch andere Positionen gehört werden müssen, wie sie beispielsweise von Friedensinitiativen vertreten werden. Die DVPB Hessen plädiert in diesem Zusammenhang mit Nachdruck dafür, nicht nur die fachwissenschaftliche Ausbildung der Politiklehrkräfte zu stärken, die politische Bildung an den Schulen auszubauen und mehr Fachlehrer:innen einzustellen. Denn nach wie vor ist das Fach Politik und Wirtschaft das Fach, das am häufigsten fachfremd unterrichtet wird.

Sehr kritisch wird in Hessen aktuell auch über eine Einladung des „Landeskommando Hessen der Bundeswehr“ diskutiert, die an die Schulen erging, um Lehrkräfte mit ihren Klassen zum Besuch des Hessentages, des traditionellen hessischen Landesfestes, im Juni d.J. zu ermuntern. Dort könnten die Schüler:innen nicht nur den Auftrag der Bundeswehr kennenlernen, ihnen werde dort auch ein „Ausschnitt ihrer Fähigkeiten und Ausrüstung“ vorgestellt. Die Schüler:innen könnten auch die „Gerätschaften der Bundeswehr“ und den „größten Arbeitgeber Deutschlands“ kennenlernen. Dass sich die Einladung bereits an Schüler:innen ab der 8. Klassen richtet, hat für einige Empörung im Land gesorgt, werden hier doch Minderjährige adressiert und möglicherweise rekrutiert.

Martina Tschirner

Offensive zur Wertevermittlung

In Hessen wurde eine Offensive zur Vermittlung von Demokratie- und Umgangswerten gestartet. Denn „[angesichts] zunehmender Polarisierung, Falschinformation und gefährlicher Trends in sozialen Medien, von Demokratiefeindlichkeit, Extremismus in unterschiedlichen Formen, Rassismus und Antisemitismus haben Wertevermittlung, Demokratielernen und Gewaltprävention für die Kompetenzentwicklung aller Schülerinnen und Schüler eine besondere Bedeutung“. Zunächst findet die verstärkte Wertevermittlung in den Intensivklassen für die geflüchteten und zugewanderten Kinder und Jugendlichen statt. Diese hätten „es aufgrund fehlender Deutschkenntnisse zuerst schwerer, sich auch in die Normen einer sprachlich angemessenen Verhaltensweise einzufinden“, heißt es dazu in der entsprechenden Pressemitteilung des Bildungsministeriums. In zwei der wöchentlichen Deutschstunden müssen die Lehrer:innen und Lehrer „Wertunterricht“ erteilen und diesen dokumentieren. Den Schulleitungen wurde die Kontrolle der Durchführung und monatliche Berichterstattung gegenüber den Schulämtern angeordnet. Nicht nur die Tatsache, dass der Wertunterricht ausschließlich für die Intensivklassen angeordnet wurde, hat deutliche Kritik bei Lehrerverbänden hervorgerufen. Auch die Verordnung selbst, die ohne jegliche Beteiligung der Lehrkräfte-, Eltern- und Schülerverbände nach Beginn des Schuljahres erging, stößt auf deutlichen Unmut in der hessischen Bildungsland-

schaft. Zur unterrichtlichen Umsetzung wurde den Lehrkräften eine 11seitige Handreichung zur Verfügung gestellt. Dort wird den Lehrkräften u.a. empfohlen, in Rollenspielen „Achtung, Respekt, Höflichkeit und ethische Grundsätze“ einzuüben. „Da geht es nicht nur um die großen gesellschaftlichen Fragen, da geht es unter anderem um das schlichte tägliche ‚Danke und Bitte‘“. Den Lehrkräften wird u.a. empfohlen, unterschiedliche Projektstage durchzuführen: „Respekt-Tag/Höflichkeit-Tag, Tag des guten Benehmens bei Tisch, beim Vorstellungsgespräch, bei Beschwerdeführung“. Weiterhin sollen sie die Schülerinnen und Schüler zum „Handeln nach ethischen Grundsätzen“ unterweisen und die „Gleichberechtigung von ‚Mann und Frau‘“ thematisieren. Die öffentliche Kritik an diesem „Wertunterricht“ entzündet sich nicht nur daran, dass den Lehrkräften indirekt unterstellt wird, sie seien nicht in der Lage, ihrem Erziehungsauftrag nachzukommen. Kritisiert wird auch, dass der „Wertunterricht“ als Demokratielernen verkauft werde.

Martina Tschirner

Baden-Württemberg

Politische Bildung und Demokratiebildung für alle – der erste Fachtag der DVPB Baden-Württemberg

„Politische Bildung und Demokratiebildung für alle“ – dieser, unter gegebenen Umständen fast utopisch anmutende Satz stellt nicht nur eine immer wieder vorgebrachte politische Forderung des Landesverbands Baden-Württemberg dar, sondern war auch das Motto, unter dem der erste von der DVPB Baden-Württemberg durchgeführte Fachtag stand. Zu diesem fanden sich am 16.05.2025 Lehrer*innen der verschiedensten Schulformen, Studierende und an-

dere Interessierte an der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg ein. Gut gewählt war dieser Ort nicht nur, weil die altherwürdigen Gebäude der Veranstaltung einen angemessenen Rahmen verschafften, sondern auch weil, wie die Rektorin der PH, Karin Vach, in ihrer Begrüßung der Gäste klar machte, sich die Pädagogische Hochschule sehr stark dafür engagiert, politische Bildung und Demokratiebildung fächer- und schulförmübergreifend in der Lehramtsausbildung zu stärken.

Auch Dr. Christian Mühleis, der in einer Doppelrolle als Mitarbeiter der PH und Mitglied des DVPB-Landesvorstands die Teilnehmer*innen begrüßte (und dessen unermüdlicher Einsatz für die Planung und Durchführung des Fachtags nicht genug gewürdigt werden kann!), konnte Beispiele nennen, wie die oben angesprochene Forderung an der Hochschule umgesetzt wird. Dass die Forderung landesweit trotzdem keineswegs als erfüllt gelten kann, betonte im Anschluss der DVPB-Landesvorsitzende Matthias Heil, womit der Bogen zum Wert einer DVPB-Mitgliedschaft gespannt werden konnte.

Warum Politische Bildung so eine zentrale Rolle für die Demokratie einnimmt, griff Jun. Prof. (und DVPB-Bundesvorstandsmitglied) Dr. Steve Kenner in seiner Keynote mit dem Titel „Politische Bildung als Fundament einer demokratischen Gesellschaft“ auf, die den inhaltlichen Teil des Fachtags eröffnete. Er richtete sich eindrücklich und engagiert gegen vermeintliche Neutralitätsgebote und -erwartungen und schlug dabei eine Brücke zwischen sozialwissenschaftlichen und rechtlichen Diskussionen, didaktischen Überlegungen und den bildungspraktischen Herausforderungen. Dass dieses Thema Interesse erzeugte, war auch daran sichtbar, dass viele Studierende der PH der Keynote beiwohnten, sodass die Aula bis auf den letzten Sitzplatz gefüllt war. Zur Freude der Veranstalter*innen nahmen somit über 100 Zuhörer*innen an der Eröffnung des Fachtags teil.

Nach der von Hanna Butterer, zweite DVPB-Landesvorsitzende, moderierten Diskussion über den Vortrag begaben sich die Teilnehmer*innen in jeweils einen von vier verschiedenen Workshops. Je nach getroffener Auswahl konnten sie z.B. mit Max Bar-



Christian Mühleis eröffnet den Fachtag Politische Bildung.

Foto: PHHD/Hohenester

netzwerk über die Rolle des Streitens für die Politische Bildung diskutieren, eigene Assoziationen mit dem „Streit“ reflektieren und gemeinsam darüber nachdenken, wie sich Streit gestaltbar machen lässt. Ziel des Workshops war es, so der Workshopleiter, den Wert des Streits zu erkennen und „Streitbarkeit als Moment des Demokratischen erkennen und pulsieren zu lassen“.

Im von den Landesverbandsmitgliedern Viktoria Rieber und Prof. Dr. Bettina Blanck durchgeführten Workshop konnten die Teilnehmer*innen währenddessen über „Echte Fragen als Ausgangspunkt für die Demokratisierung von Unterricht“ nachdenken und gemeinsam Strategien entwickeln, nicht nur den Fachunterricht zu demokratisieren, sondern in allen Fächern Schüler*innen anhand von z. B. Fragen zu konkreten Phänomenen entscheiden zu lassen.

Einen guten Ausgangspunkt könnte möglicherweise das Werkzeug bieten, dass die Teilnehmer*innen im Workshop zu „Politische[r] Bildung im Swipe-Modus: TikTok zwischen Information und Überwältigung“ kennenlernen konnten. Die von den PH-Studierenden Johanna Kosinski, Marius Ludwig, Anna-Claire Nothof und Noah Wloczko mit Unterstützung von Christian Mühleis entwickelte und auf dem Fachtag erstmals vorgestellte Software ermöglicht es, selbst einen Algorithmus für eine Video-Plattform festzulegen und die Auswirkungen davon sofort selbst zu sehen.

Im vierten Workshop, der von der Außenstelle Heidelberg der Landeszentrale für Politische Bildung durchgeführt wurde, konnten die Teilnehmer*innen nicht nur einen Einblick in deren umfassendes Veranstaltungsangebot für Lehrer*innen und Schulklassen gewinnen, sondern sich im „Methoden-Zirkel“ auch methodische Anregungen für den eigenen Unterricht zu Themen wie „Fake News“ und „Fluchtbiographien“ holen.

Neben den Workshops, die nachmittags in einer zweiten Runde erneut besucht werden konnten, bot der Fachtag aber auch wie beabsichtigt Raum und Zeit für die Vernetzung untereinander. Im Team-Up nach der in der Sonne verbrachten Mittagspause sammelten die Teilnehmer*innen Herausforderungen, Utopien und Lösungsansätze für die Politische Bildung im Land. Die niedergeschriebenen Probleme (zusammengefasst: zu wenig Zeit, zu wenig Ressourcen und zu wenig Raum für Partizipation von Schüler*innen), vor allem aber die von Teilnehmer*innen notierten bereits gegangenen Schritte und Wünsche sind Motivation für die weitere Arbeit der DVPB als Interessenvertretung, bieten aber auch viele Anknüpfungsmöglichkeiten für einen nächsten Fachtag, wie die beiden Landesvorsitzenden Hanna Butterer und Matthias Heil beim Abschluss des Fachtags betonten.

Über dessen Zustandekommen würden sich viele Teilnehmer*innen freuen, wie die am Ende des Fachtags durchgeführte und sehr positiv ausgefallene Evaluation vermuten lässt. Ebenfalls positiv hervorgehoben wurden im Feedback neben dem vielfältigen inhaltlichen Angebot die Vernetzungsmöglichkeiten. Tatsächlich war das schon während der Planungen ein zentrales Ziel des Landesverbands gewesen und wurde von den Teilnehmer*innen dankend angenommen, wie die vielen zu beobachtenden angeregten Gespräche unter den Teilnehmer*innen zeigten. Besonders erfreulich war es, dass sich Landesverbandsmitglieder, die sich in den letzten Jahren vor allem digital gesehen hatten, in Heidelberg (teilweise erstmals) in persona treffen und austauschen konnten.

Der Fachtag war darüber hinaus eine gelungene Kooperation der Außenstelle Heidelberg der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, der Professional School der PH Heidelberg und der Heidelberg School of Education. Diese Kooperationen waren nicht zuletzt deshalb erfreulich, weil sie das Team der Ehrenamtlichen der DVPB organisatorisch in nicht unerheblichem Maße entlasteten, sondern auch, weil schon auf dem Fachtag Möglichkeiten zu weiteren gemeinsam organisierten Veranstaltungen ausgelotet werden konnten. Darüber wird beizeiten mit Sicherheit in der POLIS zu lesen sein.

Matthias Heil

Bundesvorstand

Vorankündigung

Social Media und KI.

Herausforderungen und Chancen für die Politische Bildung Herbsttagung 2025 der DVPB und der bpb

06.–08. November 2025 im Landau/Pfalz

Die Entwicklung und die Nutzung von Systemen Künstlicher Intelligenz (KI) gehen mit einer immensen Auswirkung auf Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur einher. Offen ist, in welche Richtung diese geht: Entsprechend werden gesellschaftliche und politische Forderungen nach einer stärkeren Reglementierung von KI teils als dringend notwendig, teils als innovations- und fortschrittfeindlich markiert. Kennzeichnend ist allenfalls, dass die etablierten Vorstellungen von wissenschaftlicher Erkenntnis, von gesellschaftlichem Diskurs und demokratischem Regieren aufgrund des wachsenden Gebrauchs von KI mittelfristig zur Disposition stehen. KI beeinflusst zudem bereits heute zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – von der Automatisierung der Arbeitswelt über die personalisierte Informationsbereitstellung bis hin zu sicherheitspolitischen Überwachungssystemen. KI-Systeme werden zunehmend als „unsichtbare Akteure“ wahrgenommen, die Entscheidungen und Interaktionen beeinflussen und gleichzeitig normative Vorstellungen von Autonomie, Verantwortung und Gerechtigkeit herausfordern.

Gerade in Wechselwirkung mit der Entgrenzung von Medienlandschaften kann KI als ein drängendes Demokratieproblem beschrieben werden. Soziale Medien stellen bereits seit Jahren eine wachsende Konkurrenz zu klassischen Medien dar, die sich insbesondere darin unterscheiden, dass deren Gatekeeper- und damit Vermittlungsfunktion ausgehebelt wird. Während anfangs Hoffnungen auf eine Demokratisierung der Öffentlichkeit durch soziale Medien dominierten, ist der Diskurs heute geprägt von Besorgnis über Desinformation, algorithmische Manipulationen und die Radikalisierung von Nutzer:innen.

Das ausführliche Programm und die Anmeldemodalitäten finden Sie auf unserer Homepage: www.dvpb.de

Niedersachsen

Tag der Politischen Bildung 2025

Starke Politische Bildung für eine starke Demokratie

Demokratie und Politische Bildung bedingen sich gegenseitig. Einerseits ist Demokratie „die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss“ (Negt). Das heißt, eine an Demokratie orientierte Politische Bildung ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine starke Demokratie. Andererseits stellt nur eine Demokratie die Bedingungen für eine freie, auf Emanzipation und Mündigkeit abzielende Politische Bildung bereit.

Zurzeit stehen demokratische Errungenschaften zunehmend unter Druck. Wir erleben einen Anstieg demokratiefeindlicher Einstellungen; Rassismus, Antisemitismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten immer offener zutage. Polarisierungsunternehmer*innen bespielen gezielt emotionalisierte Themen, um gesellschaftliche Spaltungstendenzen voranzutreiben. Demokratiefeindliche Akteur*innen verbreiten ebenso gezielt Desinformationen mittels Sozialer Medien, rechtsliberale Milliardäre leisten dem zusätzlich Vorschub oder nutzen ihre Macht, um Presse- und Meinungsfreiheit zu untergraben.

Während Politische Bildung in dieser Situation auf der einen Seite als „Feuerwehr“ angerufen wird, die richten soll, was politisch versäumt wurde, werden Akteur*innen der Politischen Bildung auf der anderen Seite angegriffen und in ihrer Arbeit behindert. Lehrkräfte, die Demokratiefeindlichkeit benennen, sollen unter Berufung auf ein vermeintliches „Neutralitätsgebot“ zum Schweigen gebracht werden. Vereine und Initiativen müssen um knappe Fördermittel bangen oder sollen durch kleine Anfragen in Parlamenten eingeschüchert werden.

Der diesjährige Tag der Politischen Bildung möchte einen Beitrag zur Stärkung aller Akteur*innen der Politischen Bildung in der Schule und außerhalb leisten. Die Vorträge und Workshops werden sich mit der oben beschriebenen gesellschaftlichen Situation auseinandersetzen und den Teilnehmenden Wissen und Methoden an die Hand geben, um mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bildungssettings umzugehen, die digitale Analyse- und Urteilsfähigkeit der Lernenden etwa mit Blick auf Fake News zu stärken sowie demokratische Haltungen und Fähigkeiten in ihrer Arbeit aktiv zu fördern.

Veranstalter: Deutsche Vereinigung für Politische Bildung Landesverband Niedersachsen
Kooperation: Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen, Institut für Didaktik der Demokratie
Ort: Leibniz Universität Hannover, Leibniz School of Education (Im Moore 11, 30167 Hannover)
Datum: 08.09.2025
Mehr Informationen und Anmeldung: <https://www.dvpb-nds.de/>



Und immer wieder behaupten sie dasselbe

Rüther, Daniela: Die Sex-Besessenheit der AfD. Rechte im „Genderwahn“. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2025, 144 Seiten, 18 Euro.



„Und immer wieder behaupten sie dasselbe – dasselbe. Der Tropfen höhlt den Stein, wieviel mehr das weiche Menschenhirn.“ Entlang des Zitats der Frauenrechtlerin Hedwig Dohm über die Antifeministen ihrer Zeit, dem Wilhelminischen Kaiserreich, nimmt die Historikerin Daniela Rüther die „Sex-Besessenheit der AfD“ in den Blick. Dabei geht es nicht allein um Fragen der Sexualität, sondern auch – wie es der Untertitel „Rechte im „Genderwahn““ deutlich macht – um solche der Geschlechtlichkeit in einem weiteren Sinne. Im Kern, so Rüther, verfolge die AfD allerdings nicht, wie von ihr vorgetragen, bloß eine andere Geschlechter- und Familienpolitik, sondern eine völkische, nationale Bevölkerungspolitik.

Dies allein mag zwar keine neue Feststellung sein, erkenntnisreich ist das Buch jedoch, da es die konkrete parlamentarische Arbeit der AfD umfassend in den Blick nimmt und anhand dieser nachzeichnet, wie

die AfD Geschlechterfragen thematisiert und nutzt, um in die politische Mitte vorzudringen. Rüther verdeutlicht dies anhand zahlreicher, immer wieder eingebrachter Anträge, die vorgeben, mittels Steuer- und Krediterleichterungen den Kinderwunsch in der Breite der Bevölkerung finanziell leichter zu machen. Eigentlich jedoch sollen diese die traditionelle, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung manifestieren und lediglich erwerbstätigen deutschen Paaren zugutekommen, damit diese, so die Begründung, keine „Minderheit im eigenen Land“ werden. Ein Blick auf rechte und rechtsextreme Parteien in der Geschichte Deutschlands und Europas zeige, dass hierbei schlicht Methoden aus der Vergangenheit imitiert werden. Die immergleichen Anträge und Anfragen dienen heute vor allem dazu, Plenardebatten durch das Teilen von entsprechenden Videoausschnitten in *Social Media* „lautstark als propagandistische Plattform“ zu nutzen.

Mit dem Kampfbegriff „Gender“ stoße die AfD allerdings auch auf konservative Traditionslinien. So seien Vorwürfe der Unwissenschaftlichkeit gegenüber den *Gender Studies* wiederholt auch in konservativen Medien wie der FAZ zu finden. Dass die AfD hierbei einem regelrechten „Genderwahn“ verfällt, verdeutlicht die Autorin anhand dessen, dass wiederholt gefordert wird, „dass der Staat seine massive Förderung für diese unwissenschaftliche Ideologie“ einstellen solle, obgleich in der Realität gerade einmal 0,3 Prozent aller hauptberuflichen Professor*innen in der Frauen- und/oder Geschlechterforschung lehren und forschen. Angriffe wie diese seien wohl auch dem geschuldet, dass die AfD das Anti-Gender-Thema früh als dasjenige identifiziert hat, mit dem sie am weitesten in die politische Mitte vordringen kann. Dies zeige sich besonders anhand des Diskurses über die „Gendersprache“, den Rüther am Ende ihres Buches vertiefend aufgreift. Eigentlich sei die Frage, wie Geschlechtergerechtigkeit auch sprachlich umgesetzt werden kann, ein gesamtgesellschaftlich und weltpolitisch betrachtet kleines Problem, das eine pluralistische Gesellschaft mit „toleranter Gelassenheit“ behandeln könnte. Tatsächlich habe sich das Thema jedoch zu einem „Triggerpunkt“ entwickelt, der kaum noch öffentliche Diskussionen zulasse. Im Ergebnis zeige sich derzeit ein besorgniserregendes Bröckeln der „Brandmauer“, da die AfD-Forderung nach einem Verbot der „Gendersprache“ (gemeint ist meist eine geschlechtergerechte Sprache mit Sonderzeichen) zunehmend aufgegriffen und in bereits

mehreren Bundesländern umgesetzt wurde – dies sogar mit derselben fragwürdigen Begründung, man wolle dadurch Sprechverbote im Sinne eines „Genderzwangs“ verhindern.

Rüther schließt mit einem Appell an die demokratischen Parteien, sich durch den „Infosmog“ der AfD in den Parlamenten nicht die Sicht vernebeln zu lassen, sei es dieser doch bereits zu genüge gelungen, den Diskurs über Geschlechtergerechtigkeit negativ zu emotionalisieren und nach rechts zu verschieben. Gerade hierin, im Nachzeichnen und Darlegen der Diskursverschiebung anhand der konkreten parlamentarischen Arbeit der AfD, liegt die Stärke des Buches und macht es nicht zuletzt für politische Bildner*innen lesenswert.

Jonathan Vogt

Ein Plädoyer für eine aktive, menschenrechtsbasierte politische Bildung

Christina Hansen, Kathrin Plank (Hrsg.): Im Zwiegespräch mit Janusz Korczak. Was wir im Europa des 21. Jahrhunderts vom „Weltenwanderer, Tabubrecher und Kräftezehrer“ lernen können. Frankfurt a.M.: Wochenschau Verlag 2024. 104 Seiten. D: 18,90 EUR, A: 19,50 EUR.

In einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Spaltung, wachsender politischer Unsicherheiten und dringender Fragen an das Bildungssystem ist es kaum passender, sich dem Vermächtnis Henryk Goldszmit alias Janusz Korczaks neu zuzuwenden. Der von Christina Hansen und Kathrin Eveline Plank herausgegebenen Publikation „Im Zwiegespräch mit Janusz Korczak“ gelingt es auf bemerkenswerte Weise, die historische Persönlichkeit Korczaks in die Gegenwart zu holen – nicht im Sinne einer nostalgischen Heroisierung, sondern als Ausgangspunkt für eine zutiefst aktuelle Auseinandersetzung mit politischer Bildung und pädagogischem Handeln im 21. Jahrhundert.

Korczak, Arzt, Pädagoge, Schriftsteller und schließlich Opfer der Shoa, wird in diesem Buch nicht als bloße Figur des Widerstands glorifiziert. Vielmehr machen die Autor*innen deutlich, dass seine *Pädagogik weit mehr ist als die einseitige Heldengeschichte eines tragischen Endes*. Sein Leben kann als mutiges Modell dienen, doch darf dabei nicht übersehen wer-



den, dass sein pädagogisches Wirken schon vor der Shoa visionär war – und gerade heute in Zeiten von Krieg, Flucht und demokratischer Erosion wieder an Relevanz gewinnt.

Im Zentrum der Beiträge steht Korczaks radikal antipaternalistischer Ansatz: *Kinder SIND Menschen*, sie werden es nicht erst. Diese scheinbar einfache Feststellung hat weitreichende Konsequenzen – sie war zu Korczaks Zeit revolutionär und bleibt bis heute unbequem. Denn sie fordert nicht nur Anerkennung der *Individualität jedes Kindes*, sondern auch *gleichberechtigte Teilhabe* an Bildungsprozessen, *echte Partizipation* und demokratische Aushandlungsprozesse in Schule und darüber hinaus – nicht als Methodik, sondern als Haltung. Damit legt das Buch eine zentrale Verbindung zur inklusiven aber auch politischen Bildung offen: Wer Kinder ernst nimmt, muss ihnen Rechte einräumen – auf Mitbestimmung, Information, Auseinandersetzung, auch mit schwierigen, komplexen oder belastenden Themen, wie etwa Krieg, Tod, Trauer oder auch Ausschluss. Und das gilt nach Korczak für alle Kinder in Anerkennung ihrer Individualität.

Gerade angesichts von weltweiten Pandemien, der Klimakrise oder auch des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, wird deutlich, wie notwendig ein pädagogischer Zugang ist, der Kindern nicht die Welt verklärt, sondern ihnen hilft, sie (auch in der herausfordernden Krise) zu verstehen. *Korczak wollte Kinder dabei nicht überfordern oder allein lassen*, sondern ihnen als Erklärer und Ansprechperson begleitend zur Seite stehen. Er kannte die Zumutungen des Lebens und war bereit, sich diesen gemeinsam mit den Kindern zu stellen – ohne einfache oder absolute Antworten, aber mit echtem Interesse, mit gegenseitigem Respekt, mit Haltung. Dabei war Korczak „Nichts Menschliches fremd“ – er hatte keine Angst vor aufkommenden Emotionen, sondern wollte diese bewusst in Bildungsprozesse einbeziehen, womit er auch heute (politischer) Bildung ein Vorbild ist, die sich noch zu häufig auf scheinbar rationale Wissensvermittlung unter Ausschluss von Gefühlen zurückzieht. Die Herausgeberinnen betonen hier ein *neues Professionsverständnis von Pädagog*innen*: nicht allwissende, autoritäre Führungsfiguren, sondern als *reflektierte Begleiter*innen*, die sich selbst und ihre Position zu Macht, Wissen und Emotionen kritisch reflektieren.

Ein Anspruch, der in der heutigen Lehrer*innenbildung und schulischen Realität noch allzu oft hinter ökonomischen Verwertbarkeitslogiken und althergebrachten Vermittlungsvorstellungen zurücksteht.

Der Band würdigt dabei nicht nur Korczaks pädagogische Ideen, sondern auch seine *Praxis der Co-Kreation*, etwa in der engen Zusammenarbeit mit Stefanie Wilczynska, die wie so viele andere Frauen auch in der historischen Betrachtung oft übergangen wird. Doch Korczak dachte und entwickelte seine Pädagogik keineswegs allein, sondern im Austausch mit multiprofessionellen Teams. Die entwickelte Pädagogik ist für Korczak und Wilczynska kein abgeschlossener Theorieentwurf, sondern ein gemeinsamer Prozess, ein offener Raum, der im Dialog mit anderen entsteht. Diese Perspektivenvielfalt von allen Mitdenkenden und ihre unterschiedlichen Professionen machen diese Pädagogik besonders anschlussfähig für *transdisziplinäre Ansätze* und eine politische Bildung, die nicht auf Belehrung, sondern auf *lebensnahe Kommunikation* setzt.

Auch institutionell war Korczak seiner Zeit weit voraus. In seinen Waisenhäusern wurden demokratische Strukturen geschaffen und gelebt – mit Kinderparlamenten, Mitbestimmung, gerechter Konfliktlösung. Partizipation war keine Floskel, sondern gelebte Realität. Die Beiträge des Buches zeigen eindrucksvoll, wie diese Prinzipien heute wieder aufgerufen werden müssen – in einer Zeit, in der Demokratien weltweit unter Druck geraten und Schule viel zu oft ein Ort bleibt, an dem Macht unreflektiert ausgeübt wird. Hier kann konkret an der Ausgestaltung der von Korczak geführten Waisenhäuser nach zeitgemäßen Potenzialen für demokratische Schulkultur gesucht werden.

Für (die politische) Bildung bedeutet das: *Schule muss mutiger werden, dabei nicht neutral sein, sondern Menschenrechte leben und bewahren*. Vermeintliche gesellschaftliche Tabus müssen gebrochen werden, nicht aus Provokation, sondern um Räume zu schaffen, in denen auch schwierige Themen besprechbar sind. Kinder haben ein Recht auf Information und Austausch, auch – und gerade – wenn es um Themen wie Krieg, Tod, Ungleichheit oder Macht geht. Korczaks Arbeit mahnt: *Nicht zu handeln ist keine Option*. Politische Bildung darf sich nicht auf Definitionen, Wissen und Institutionenkunde beschränken, sondern muss ein Ort sein, an dem Kinder als *handelnde Subjekte ernst genommen und stets einbezogen werden*. Besonders hier zeigt sich Korczaks Verbindung zur kritischen Theorie und *kritischen politischen Bildung*: Korczak erkannte früh, wie anfällig Bildungsprozesse für Machtmissbrauch sind – und forderte strukturelle Maßnahmen dagegen. Die Einführung von Rechten, Schutzräumen und festen demokratischen Praktiken war für ihn keine pädagogische Spielerei, sondern Ausdruck seines tiefen humanistischen Verständnisses. Bildung, so die Herausgeberinnen, muss diese Haltung aufnehmen und weiterentwickeln – nicht als starres Modell, sondern als dynamisches, dialogisches (Bildungs-)Prinzip.

Die Stärke des Buches liegt schließlich darin, dass es *Korczaks Denken nicht musealisiert*, sondern als offene Einladung versteht – zum Nachdenken, zum Streiten, zum Gestalten. Es ist ein Plädoyer für eine *aktive, menschenrechtsbasierte politische Bildung*, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist und den Mut hat, pädagogische und gesellschaftliche Tabus zu hinterfragen sowie festgefahrene, immer noch zu hierarchische Schul- und Bildungspraktiken zu kritisieren und zur Demokratisierung aufzufordern.

„Im Zwiegespräch mit Janusz Korczak“ ist ein hochaktuelles, klug konzipiertes und inspirierendes Buch. Es eröffnet neue Perspektiven auf politische Bildung im 21. Jahrhundert und bietet vielfältige Impulse für eine Schule, die demokratisch, mutig, menschenrechtsorientiert, inklusiv und menschlich sein will. Eine Pflichtlektüre für alle, die Bildung nicht als Vermittlung von Stoff, sondern als Gestaltung von Gesellschaft verstehen, obgleich das Buch dabei nur ein impulsgebender und interessenanregender Einstieg sein kann, der Lust auf eine handlungsleitende Vertiefung macht, die es braucht, sollen konkrete Ableitungen für pädagogisches Handeln und Denken identifiziert werden.

Tina Hölzel-Chokharash

Diskriminierungskritik als Schulentwicklungs- und Professionalisierungsaufgabe

Karin Bräu, Jürgen Budde, Merle Hummrich, Florian Cristóbal Klenk: **Vielfaltsorientierung und Diskriminierungskritik. Ansprüche und Widersprüche schulischer Bildung.** Opladen u.a.: Verlag Barbara Budrich 2024, 235 Seiten, 59,90 Euro (Print) oder kostenlos als PDF (Open-Access).



Die Schule ist ein gesellschaftlicher Ort und so wirken dort auch gesellschaftliche Praxen und Strukturen. Diskriminierung und Diskriminierungskritik gehören nicht nur als Thema, sondern auch als (erlebte) Praktik zum Alltag von Schüler*innen, Lehrkräften und Schulleitungen. Der von Karin Bräu, Jürgen Budde, Merle Hummrich und Florian Cristóbal Klenk herausgegebene Tagungsband greift dies auf. Die Herausgeber*innen versammeln erziehungswissenschaftliche Beiträge, die theoretisch wie empirisch umfassend zum Verständnis beitragen. Die Veröffentlichung umfasst – neben dem einführenden Beitrag – vierzehn Beiträge gegliedert in vier Abschnitten: *Reflexionen zur Diskriminierungskritik, rassismuskritische Perspektiven, Inklusion und Ableismus sowie Sexismus und Heteronormativität*.

Merle Hummrich und Kolleginnen fokussieren in ihrem Beitrag beispielsweise Widerstandspraxen von verschiedenen schulischen Akteur*innen als „institutionelle Praktiken und Orientierungen, [...] die einer differenzreflexiven und diskriminierungskritischen Transformation von Schule“ (Hummrich et al. 2024, S. 34) entgegenstehen. Die Falldarstellungen legen offen, wie Diskriminierung und Diskriminierungskritik im schulischen Raum in Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingebettet sind und welche Implikationen sich für eine demokratische Schulentwicklung ergeben.

Ellen Kollender schließt in ihrem Beitrag daran an, indem sie Fragen der demokratischen Schulentwicklung mit solchen der Kooperation zwischen Schulen und migrationsgesellschaftlichen Akteur*innen verbindet. Sie beschreibt Herausforderungen und Spannungsverhältnisse solcher Bestrebungen, zeigt mithilfe des Ansatzes des *Community Organizings* aber auch Strategien und Lösungen auf.

Erkenntnisreiche Einblicke in eine langfristig angelegte Fortbildung von Lehrkräften zur diversitätsbewussten und diskriminierungskritischen Schulentwicklung legt Aysun Doğmuş dar. Sie zeigt, wie Rassismus als Phänomen im Sagbaren und Unsagbaren besteht, während „rassismusrelevante Dynamiken und in der Folge die (Re-)Produktion von Rassismus aufrecht“ (Doğmuş 2024, S. 73) erhalten bleibt. Die Schlussfolgerungen sind im Lichte einer Professionalisierung von Lehrkräften für die bedeutsame Aufgabe, Schulen diskriminierungskritisch zu gestalten, im hohen Maße aufschlussreich.

Büşra Kocabiyik und Kolleginnen arbeiten komparativ Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Normalitäts- resp. Abweichungskonstruktionen anhand von Unterrichtsaufzeichnungen in Hessen und British Columbia (Kanada) heraus. Die Rekonstruktion von Sequenzen an einer hessischen Grundschule und im Social-Studies-Unterricht geben Aufschluss über Gelingens- und Verhinderungsbedingungen für Partizipation und zeigen, wie internationale Vergleichsstudien auch für die Fachdidaktik und Lehrkräftebildung relevante Erkenntnisse hervorbringen können.

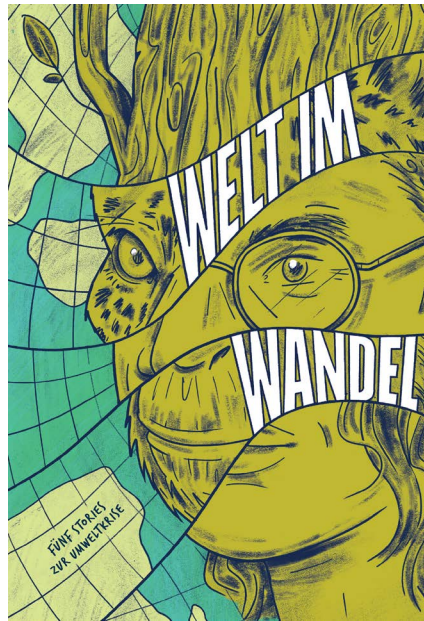
Sarah Huch und Martin Lücke stellen im letzten Abschnitt des Bandes exemplarisch an den Fächern Geschichte und Biologie die Perspektiven von geistes- und naturwissenschaftlichen Disziplinen auf Geschlecht und Sexualität dar. Sie zeigen auf, wie die Thematik substanziell dazu beitragen kann, die domänenspezifischen Ziele zu erreichen. Damit eröffnen diese Kategorien bildungswirksame Potenziale, die für das Fachverstehen von Schüler*innen zuträglich sind und zur Förderung von Reflexions- und Handlungsfähigkeit beitragen.

Die Beiträge eröffnen zahlreiche Perspektiven auf ein komplexes und – schulisch wie gesellschaftlich – bedeutsames Problemfeld. Für die Politische Bildung und Demokratiebildung sind dabei insbesondere die Beiträge zur demokratischen Schulentwicklung und zur Professionalisierung von Lehrkräften von Bedeutung. Für Forschung und Schulpraxis sind außerdem die Beiträge interessant, die den Akteur*innen jenseits von vermeintlichen curricularen und rechtlichen Grenzen Handlungsräume eröffnen und Entwicklungspotenziale zuschreiben.

Philipp Klingler, Marburg

Sichtbar gemacht: Eine Graphic Novel über die Verstrickungen der Nachhaltigkeitsproblematik

Young Academy for Sustainability Research (Hrsg.) *Welt im Wandel – Fünf Stories zur Umweltkrise*. Münster: Waxmann 2024, utb elibrary, 48 Seiten, broschiert, 14,90 €



Aufmachung und Ansprache legen nahe, dass die Young Academy for Sustainability Research (YAS), angesiedelt am Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS), die das Konzept und die Story der Graphic Novel *Welt im Wandel* verantwortet, insbesondere junge Menschen ansprechen möchte. In fünf kurzen Erzählungen werden verschiedene Aspekte der Nachhaltigkeitsproblematik miteinander vernetzt, die die Lesenden von der Kolonialgeschichte über die Gegenwart in eine mögliche Zukunft führen. Von Geschichte zu Geschichte lassen sich subtile Verbindungen erkennen, die einen roten Faden durch die Gesamterzählung ziehen.

Die erste Erzählung versetzt die Lesenden ins Jahr 1660. In drei Episoden wird das gewaltsame Etablieren einer globalen Ungleichheitsordnung durch weiße Männer dargestellt. Der Ausgangspunkt unserer nicht-nachhaltigen Lebensweise liegt hier also nicht erst in der Industrialisierung. Technologischer Fortschritt erscheint weniger als Auslöser, sondern vielmehr als Folgeerscheinung dieses imperialen Strebens. Erzählt wird vom Überkonsum natürlicher Ressourcen, von der Ausbeutung von Mensch und Natur sowie von der dem Kapitalismus zugrunde liegenden Logik.

Die zweite Geschichte knüpft dort an, wo die erste endet: mit einem Ausschnitt aus dem Leben von Kindern. Thematisiert werden hier unter anderem die Versiegelung von Böden, die Unzerstörbarkeit und globale Verbreitung von Plastik sowie die Fragmentierung von Fertigungs- und Lieferketten. Das symbolisch eingesetzte Bonbonpapier, das durch die Geschichte leitet, landet schließlich in der Kanalisation – und treibt vermutlich ins Meer, womit die dritte Erzählung beginnt.

Diese ist im globalen Norden verortet und thematisiert die kaum aufzulösende Widersprüchlichkeit zwischen stetigem Wirtschaftswachstum und Klimabzw. Naturschutz. Die Unvereinbarkeiten werden nicht sachlich erklärt, sondern anhand emotionaler Überforderung auf individueller Ebene erfahrbar gemacht. Die Lesenden begleiten die Schülerin Maria, die aus einem Zustand ökologischer Angst („Ecological Anxiety“) in politisches Engagement übergeht. Dieser Wandel wird jedoch nicht romantisiert: In ihrem Distress und ihrer nächtlichen Schlaflosigkeit erstellt Maria digitalen Content. Ihre Situation spiegelt sich in Charlie, einer Person, die nur über den Handybildschirm in Erscheinung tritt. Charlie weist darauf, dass man „wenigstens ein bisschen was bewegen“ könne, und lädt Maria zu einer Demo „Pro Yasuni“ ein.

In der vierten Geschichte werden die Lesenden mitgenommen in Ecuadors größten Nationalpark Yasuni. Aus der Perspektive einer indigenen Aktivistin erfahren wir von aktuellen Bedrohungen für die biologische Vielfalt sowie von der Geschichte und den Folgen fortschreitender Landnahme und kultureller Verdrängung im Streben nach fossilen Rohstoffen. Am Ende der vierten Erzählung steht die Frage: „Wie kann es weitergehen?“ Als Antwort darauf führt die fünfte Geschichte ins Jahr 2150.

Zunächst wird eine Drohne verfolgt, die eine Wasserprobe über eine Landschaft Ghanas in ein Labor der University of Accra transportiert. Teil der Probe ist das inzwischen vertraute Bonbonpapier aus der zweiten Geschichte. Über den Zustand und die Errungenschaften dieser Zukunft erfahren die Lesenden durch die Darstellung der Lebenswelten und virtuellen Begegnungen zweier Wissenschaftler*innen in Ghana und Deutschland. Das Klima erweist sich als instabil, doch es scheint zunehmend zu gelingen, (bio-)technologische Lösungen für bestehende und aus unserer Zeit vererbte ökologische Probleme zu finden. Als Schlüssel zu dieser hoffnungsvollen Zukunft lässt sich aus der abschließenden Erzählung globale Kooperation und Gemeinsinn herauslesen.

Den Autor*innen gelingt es, unterschiedliche Dimensionen und Aspekte sowie deren Verflechtungen über die vignettenhaften Einblicke in die Nachhaltigkeitsproblematik sichtbar zu machen. Die Erzählungen bewegen sich geschickt auf mehreren Ebenen, sodass verschiedene Zugänge und Möglichkeiten zum vertiefenden Nachdenken sowie unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten für den Unterricht gegeben sind. Es ist möglich, die komplexen Zusammenhänge und Widersprüche der Nachhaltigkeitsproblematik in den korrespondierenden Geschichten selbstständig zu entdecken – sie werden nicht „vorgekaut“ oder explizit erklärt. Dies ist für den Einsatz im Unterricht sicherlich sehr fruchtbar. Dass dem Heft ein Bildungsziel zugrunde liegt, zeigt sich auch an den didaktischen Vorschlägen zum Weiterarbeiten am Ende.

Fraglich ist jedoch, inwieweit das Heft ohne didaktische Rahmung bei einem jungen Publikum ankommt. Zwar sind die komplexen Inhalte gelungen verpackt, ein stärkerer literarischer Spannungsbogen könnte allerdings die Lesefreude steigern und auch weniger am Thema Interessierte besser motivieren. Dies steht den klar erkennbaren edukativen Vorzügen etwas entgegen. Das Heft ist damit für den politikdidaktischen Einsatz sehr vielversprechend – aber kein Selbstläufer.

Luisa Girnus

Regressive Dynamiken und rechte Politiken in Zeiten gesellschaftlicher Krisen

Mullis, Daniel (2024) *Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten. Die Regression der Mitte*. Ditzingen: Reclam. 336 Seiten, 22,00 Euro



Daniel Mullis widmet sich in seiner Publikation einem hochaktuellen Thema: dem Aufstieg rechter Bewegungen und Akteur*innen in Zeiten sich überlagernder gesellschaftlicher Krisen und gleichzeitiger regressiver Dynamiken in der so genannten gesellschaftlichen Mitte. Schon der Titel macht deutlich, dass sich das Buch nicht nur auf den steigenden Einfluss rechter Akteur*innen fokussiert, sondern auch regressive Potenziale in der sogenannten Mitte der Gesellschaft in den Blick nimmt, die rechte Politiken anschlussfähig machen. – Eine wichtige Perspektiverweiterung.

Die Publikation ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil analysiert Mullis kenntnisreich die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen seit der globalen Finanzkrise 2008 bis heute. Er zeigt auf, wie Krisenerfahrungen zum Nährboden für das Erstarken von Akteur*innen, die er im politischen Spektrum rechtsaußen verortet, werden konnten. Diese Entwicklungen verknüpft er mit regressiven Dynamiken innerhalb der „Mitte“ der Gesellschaft. Regression versteht Mullis hierbei als Gegenpol progressiver Politikentwürfe, als Handlungen, Einstellungen und Affekte, die vermeintliche Privilegien von Etablierten durch den Ausschluss anderer verteidigen oder wiederherstellen wollen (S. 19). Im zweiten Teil fundiert Mullis seine Ausführungen

gen durch Einblicke in seine empirische Arbeit, die im Kern aus narrativen Interviews mit Menschen aus Leipzig und Frankfurt am Main besteht, aber auch die jeweils ausgewählten Stadtteile erkundend mit einbezieht. Dabei rückt er individuelle Krisenerfahrungen, Abstiegsängste oder Verunsicherungen in den Mittelpunkt, zeigt aber auch die vielfache Verbreitung rassistischer Ressentiments auf. Mittels seiner strukturierten Auswertung der Gespräche kann Mullis nachvollziehbar zeigen, wo sich regressive Dynamiken entwickeln und wo sich Anknüpfungspunkte für rechte Akteur*innen bieten. Den abschließenden Teil nutzt Mullis, um die herausgearbeiteten gesellschaftlichen Konflikt- und Kontingenzerfahrungen unter einem gesellschaftstheoretischen Fokus zu vertiefen. Dabei diskutiert er das regressive Potenzial von Individualisierungsprozessen und neoliberalen Politikentwürfen.

Das Buch überzeugt durch seine gründlich recherchierte und klar strukturierte Darstellung komplexer Zusammenhänge. Für Akteur*innen der politischen Bildungsarbeit bietet es eine fundierte Grundlage, um gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen besser einzuordnen und darüber ins Gespräch zu kommen.

Stefan Breuer

Diese Beiträge sind digital auffindbar unter: DOI <https://doi.org/10.46499/2586.3503>

Die nächsten Hefte

POLIS 3/2025 (1. Oktober): Inklusive politische Bildung
POLIS 4/2025 (22. Dezember): KI und politische Bildung
POLIS 1/2026 (1. April): Wer macht politische Bildung?
POLIS 2/2026 (1. Juli): Politische Bildung – für wen?

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie Wünsche und Vorschläge für zukünftige Heftthemen?

Wollen Sie selbst einen Beitrag schreiben? Reizt es Sie, auf einen bereits erschienenen Beitrag zu antworten? Oder: Möchten Sie einfach nur Ihre Kritik an einem veröffentlichten Artikel übermitteln? In jedem Fall: Schreiben Sie an die Redaktion:

Lichtweg 12, 36039 Fulda, tschirner@em.uni-frankfurt.de.

Impressum

POLIS

Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung
Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung durch den Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Alexander Wohnig (www.dvpb.de)
29. Jahrgang 2025

Leitende Redakteurin

Dr. Martina Tschirner
Lichtweg 12, 36039 Fulda
Tel.: 0661 9621133

Verlag

Wochenschau Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Eschborner Landstraße 42–50
60489 Frankfurt/M.
www.wochenschau-verlag.de

Redaktion

Dr. Martina Tschirner (MT) (V.i.S.d.P.)
Dr. Oliver Emde (OE)
Dr. Luisa Girnus (lu)
Dr. Moritz Peter Haarmann (MPH)
Dr. Gudrun Heinrich (GH)
Jun.-Prof. Dr. Steve Kenner (SK)
Prof. Dr. Dirk Lange (DL)
Antje Menn

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt

Jun.-Prof. Dr. Steve Kenner

Verantwortlich für die DVPB aktuell

Antje Menn

Verantwortlich für die ZEITUNG und LITERATUR

Prof. Dr. Dirk Lange/Patrick Bredl (br)

Buchbesprechungen

Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Urheberrecht

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß § 44b UrhG („Text und Data Mining“) zu gewinnen, ist untersagt.

Abonnentenbetreuung

Bestellungen und Fragen zum Abonnement richten Sie bitte an info@wochenschau-verlag.de, Tel.: 069-7880772-0. Bestellungen von Einzelheften richten Sie bitte an wochenschau@brocom.de oder Tel.: 07154/132730.

Herstellung

Susanne Albrecht, Opladen

Layoutentwurf

Wochenschau Verlag

Druck

in the EU

Erscheinungsweise

4 Hefte jährlich.

Preise

Einzelheft: 13,80 € zzgl. Versandkosten.

Digitale Ausgabe: 12,99 €

Abonnement: 44,90 € zzgl. Versandkosten.

In den (Inlands-)Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigenpreise

Mediadaten 2025 unter
www.wochenschau-verlag.de/mediadaten

Anzeigen

presse@wochenschau-verlag.de

Bankverbindung

Volksbank Weinheim
IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07
BIC GENODE61WNNM

© Wochenschau Verlag

Dr. Kurt Debus GmbH

Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck darf nur mit vorheriger Einwilligung des Verlages erfolgen.

Beilagen-/Beihefterhinweis

Dem Heft liegen Verlagsbeilagen bei:

- Katalog Wissenschaft 2025
- Flyer Kindheitspädagogik und Familienbildung 2025

PDF-ISBN: 978-3-7566-0122-6

<https://doi.org/10.46499/2586>

ISSN: 1433-3120

eISSN: 2749-4861

Bildnachweise

Aufmacherfotos der Rubriken:

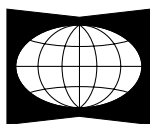
„Zeitung“: © Gina Sanders, fotolia.com;

„Fachbeiträge“: © raven, fotolia.com; „Forum“:

Franz Pfluegl, fotolia.com; „Didaktische Werkstatt“:

© Robert Neumann, fotolia.com; „Literatur“:

© adistock, fotolia.com



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

HANDBÜCHER

POLITISCHE BILDUNG

HANDBUCH POLITISCHE BILDUNG

Wolfgang Sander, Kerstin Pohl (Hg.)



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Handbuch politische Bildung

Mit dieser Neuauflage wurde das Standardwerk der politischen Bildung vollständig überarbeitet. 58 renommierte Fachleute bereiten das professionelle Wissen um die politische Bildung in kompakter Form auf: fachliche Kontroversen, didaktische Prinzipien, inhaltsbezogene Aufgabenfelder, Akteur*innen sowie Medien und Methoden. Damit ist das Handbuch eine unentbehrliche Grundlage für Studium, Weiterbildung und Berufspraxis.

hrsg. von Wolfgang Sander und Kerstin Pohl

5., vollständig überarbeitete Auflage

Hardcover: ISBN 978-3-7344-1380-3, 640 S., € 64,80

Softcover: ISBN 978-3-7344-1362-9, 640 S., € 49,90

PDF: ISBN 978-3-7344-1363-6, € 48,99

Chehata | Eis | Lösch | Schäfer | Schmitt |
Thimmel | Trumann | Wohnig (Hg.)

HANDBUCH KRITISCHE POLITISCHE BILDUNG



ISBN 978-3-7344-1594-4

HANDBUCH AUFSUCHENDE POLITISCHE BILDUNG

Thomas Gill, Heinz Stapf Finé, Annette Wallentin (Hg.)



ISBN 978-3-7344-1710-8

HANDBUCH NACHHALTIGKEIT IN DER BERUFSBILDUNG

Politische Bildung als Gestaltungsaufgabe

Barbara Hemkes, Karsten Rudolf, Bettina Zurstrassen (Hg.)



ISBN 978-3-7344-1422-0

Die Handbücher
im Webshop -
auch als PDF.



www.wochenschau-verlag.de



hrsg. von Sabine Achour, Matthias Sieberkroh,
Detlef Pech, Johanna Zelck und Philip Eberhard
ISBN 978-3-7344-1693-4, 296+264 S., € 62,00
PDF: ISBN 978-3-7566-1675-6, Open Access
PDF: ISBN 978-3-7566-1681-7, Open Access



Handbuch Demokratiebildung und Fachdidaktik

Wie lässt sich Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe von Schule umsetzen und verbessern? Dieser Frage widmet sich das zweibändige Werk hinsichtlich der theoretischen Reflexion und praktischen Umsetzung in verschiedenen Schulformen und Fachdidaktiken.

In Band 1 wird zunächst die grundlegende Frage aufgegriffen, was alles unter Demokratiebildung verstanden werden kann. Außerdem werden die spezifischen Herausforderungen der Demokratiebildung in ausgewählten Schulformen beleuchtet. Schließlich wird Demokratiebildung mit anderen pädagogischen Ansätzen und Querschnittsaufgaben von Schule und Lehrer:innenbildung verknüpft, wie Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Band 2 konkretisiert die Frage, wie Demokratiebildung aus fachdidaktischer Perspektive im Fachunterricht gestaltet werden kann und welchen Beitrag die einzelnen Fächer zur Querschnittsaufgabe Demokratiebildung leisten können und sollten. Das Handbuch versammelt Beiträge zu den Didaktiken der Grundschule, der MINT-Fächer, der Gesellschaftswissenschaften, der Sprachen, des Sportunterrichts sowie der künstlerisch-ästhetischen Fächer.

